

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M., im voraus zahlbar, Volleinsparung 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbefreiungslöser, Zustandsabonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Zeit und Welt“ und „Kinderfreund“, „Jugendunterhaltung“ und „Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Bismarckzeit“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration des Klein- und Kleinsthandels in Berlin, die durch die „Kleinanzeigen“ des jetzigen Vorwärts (jetzt 22 Blätter) und des jetzigen Volksblattes (jetzt 12 Blätter) bewirkt wurde, hat die Berliner Klein- und Kleinsthändler zu einer Kampfbewegung geführt. Sie haben sich in der „Kleinhandelsvereinigung“ zusammengeschlossen und fordern die Aufhebung der „Kleinanzeigen“ im Vorwärts und im Volksblatt. Die Kleinhandelsvereinigung hat am 15. April 1930 eine Demonstration in der Lindenstraße 3 abgehalten, an der ca. 100 Teilnehmer teilnahmen.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Rechnungsbüro: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polstschekkonto: Berlin 87536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. D. S. u. Dis.-Geld. Postkasten Lindenstr. 3.

Danzerkreuzer B.

Die Reichsratsausschüsse beschließen die erste Rate.

Bereits am Montag haben die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats einen Antrag des deutschnationalen Sekretärs der Provinz Ostpreußen von Gahl angenommen, der die Inangriffnahme des Panzerkreuzers B bezweckt. Der Etat für 1930 soll die erste Rate in einer Höhe von 2,9 Millionen Mark enthalten. In der Sitzung der vereinigten Ausschüsse hat Reichswehrminister Groener den Antrag begrüßt und mitgeteilt, daß Reichskanzler Brüning dem Antrag ebenso sympathisch gegenüberstehe wie er selbst. Solange die Sozialdemokratie in der Regierung saß, ist selbst die Einstellung einer Anerkennungsgeld für Panzer-

kreuzer B in den Etat für 1930 verhindert worden. Man wird niemandem glaubhaft machen können, daß dieser Antrag in den Reichsratsausschüssen plötzlich vom Himmel gefallen ist. Das ist auch ein Stück des politischen Handelsgeschäfts, das die Regierung Brüning um ihre Existenzgrundlage geführt hat, und die Tatsache, daß es auf diesem Wege realisiert wird, beweist nur, wie peinlich man es in der Regierung Brüning selbst empfindet, daß man auch diesen Preis noch bewilligt hat und bezahlen muß. Wir fragen: werden noch mehr solcher politischer Wechsel zum Vorschein kommen? Ist es wahr, daß auch der Bayerische Bauernbund für seine Rettung der Biersteuer einen politischen Wechsel im Portefeuille hat?

Danzigs Schicksalskampf.

Die Auflösung der Linkenregierung.

Von Fritz Weber-Danzig.

Die Regierungskrise, die die Freie Stadt Danzig zur Zeit durchzumachen hat, ist mehr als ein parlamentarisches Zwischenstück. Bei dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Linkenregierung, die über 2 1/2 Jahre am Ruder war, handelt es sich um eine mit den bürgerlichen Koalitionspartnern notwendig gewordene Auseinandersetzung, in der es um nichts mehr oder weniger als um die zukünftige Existenz des Freistaates geht. Wenn dieses Zwangsgebilde des Versailles-Vertrages auch bereits auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, so muß doch festgestellt werden, daß sich die Grundlagen seiner Entwicklung im Verlaufe dieser Zeitspanne eher verschlechtert, denn verbessert haben.

Zu der immer schärfer in Erscheinung tretenden Abziehung des Hafenverkehrs von Danzig durch den polnischen Konkurrenzhafen Gdingen ist neuerdings ein weiteres sehr ungünstiges Moment getreten, nämlich eine außerordentlich starke Ueberfremdung des Arbeitsmarktes, die nicht nur der ansässigen Arbeiterklasse zum Verhängnis wird, sondern auch zu einer Katastrophe für die Staatsfinanzen auszuwachsen droht. Wenn, wie es jetzt der Fall ist, 23 000 einheimische Arbeiter (bei einer Bevölkerungszahl von 400 000) erwerbslos sind, während über 30 000 zugewanderte ausländische, meist polnische Kräfte Beschäftigung gefunden haben, so zeigt das die eine Seite des Problems. Die andere, nicht weniger folgenschwere ist die dadurch bedingte, ständig steigende Aufwendung öffentlicher Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, für die bereits jetzt der achte Teil der gesamten Staatsausgaben erforderlich sind.

Daß durch diese Entwicklung mancherlei Gefahren für die „Freie Stadt“ heraufbeschwoeren werden, braucht angesichts ihrer in mehrfacher Hinsicht als außerordentlich präferanzsprüchenden Stellung nicht näher dargelegt zu werden. Daß die immer wieder als höchstes Postulat betrachtete Erhaltung der deutschen Kultur einer solchen ausländischen Invasion gegenüber auf die Dauer ungeschmälert möglich sein wird, muß zum mindesten eine offene Frage bleiben. Vor allen Dingen auch schon deshalb, weil diese Entwicklung durch eine für die Danziger Arbeiterklasse sehr ungünstige Begleiterscheinung verstärkt wird, die auf eine Herunterdrückung der Löhne auf das wesentlich niedrigere polnische Lohnniveau hinausläuft. Diese Auswirkung ist aber auch gleichzeitig Erklärung dafür, daß die Unternehmerschaft Danzigs diesen Vorgang eher gefördert als gehemmt wissen möchte. Und wenn der englische Außenminister Henderson bei den anlässlich der letzten Völkerbundsrats-sitzung in Genf zur Eindämmung der Ueberfremdung geführten Verhandlungen dem Führer der Danziger Delegation, dem bisherigen sozialistischen Senatspräsidenten Julius Gehl, die Frage stellte: „Ja, was machen denn Ihre Arbeitgeber?“, so ergibt sich ihre Beantwortung daraus, daß eben die Danziger Unternehmer schon seit langem aus der Verbundenheit des Danziger Wirtschaftslebens mit dem polnischen die Folgerung nach einer Anpassung der Löhne — der Danziger an die polnischen natürlich — aus Gründen einer „besseren Konkurrenzfähigkeit“ gezogen wissen möchten.

Es kann darum auch nicht wunder nehmen, daß die unter dem Motto „Arbeitsmarktbereinigung“ von der Linkenregierung eingeleiteten Maßnahmen gegen die Ueberfremdung des Danziger Arbeitsmarktes in diesen Kreisen ihren stärksten Widerstand fanden, dem sich schließlich auch die beiden bürgerlichen Regierungsparteien (Zentrum und Liberalen) beugen. Zwar hatten diese Parteien ursprünglich die Notwendigkeit der Arbeitsmarktbereinigung anerkannt, doch benutzten sie die damit drohende Aufhebung ihrer gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, um das gemeinsam vorbereitete Gesetz zu hintertreiben. Das war um so gemeingefährlicher, als sie damit auch das Ergebnis von sehr schwierigen Verhandlungen, die auf Grund vertraglicher Bestimmungen mit der polnischen Regierung geführt werden mußten, völlig in Frage stellten. Es muß dabei auch darauf verwiesen werden, daß die polnische Regierung in eine Beschränkung der vertraglich gesicherten Gleichberechtigung der Polen in Danzig nur unter der Voraussetzung einzuwilligen bereit war, wenn eine entsprechende Abstopfung auch des deutschen Zuguges von Arbeitskräften unterbunden werden würde. Wenn demgegenüber von bestimmten deutschen Stellen jedoch gegen alle Maßnahmen, die zur

Saarverhandlungen in Gang.

Die Grubenbeteiligung zurückgestellt / Verhandlungen über den Grubentrückkauf.

Paris, 15. April. (Eigenbericht.) In den seit Monaten sich hinziehenden deutsch-französischen Saarverhandlungen ist jetzt eine entscheidende Wendung eingetreten. Das Haupthindernis, das die Verhandlungen hemmte, war bisher die französischerseits erhobene Forderung nach einer französischen Beteiligung an den Saargruben. Da dies bisher von der deutschen Delegation stets abgelehnt war, konnte bisher auch keine andere Frage einer Prüfung zugeführt werden. In einer heute stattgefundenen Besprechung zwischen den beiden Delegationsführern wurde nunmehr beschlossen, diese Frage vorläufig zurückzustellen. Wenn auch Frankreich damit noch nicht endgültig auf eine Beteiligung an den Saargruben verzichtet hat, so hat es doch zugestimmt, daß andere Fragen vorher behandelt werden können. Dadurch wurde eine derartige Klärung des Terrains ermöglicht, daß sofort nach Ostern die beiden Kommissionen, d. h. die Grubentekommission und die Zoll- und Wirtschaftskommission zusammentreten können. Die Beratungen der ersten wird sich hauptsächlich auf folgende Punkte erstrecken: 1. Ob und unter welchen Bedingungen Pachterverträge, die die französische Grubenverwaltung abgeschlossen hat, von Deutschland übernommen und weitergeführt werden können. Es handelt

sich dabei in erster Linie um zwei große Kohlenvorkommen in der Gegend, die von Frankreich an lothringische Gesellschaften verpachtet worden waren. 2. Eine Befahrung der Saargruben zum Zwecke der Aufnahme einer allgemeinen Inventur. 3. Verhandlungen über die Höhe des von Deutschland zu erzielenden Rückkaufpreises der Zahlungsmodalitäten. In der Zoll- und Wirtschaftskommission werden vor allem die folgenden Fragen erörtert werden: 1. Ob das gegenwärtige Zollsystem den französischen Wünschen gemäß bis 1935 aufrechterhalten werden soll. Hier läge gegebenenfalls die Möglichkeit eines deutschen Entgegenkommens für den eventuellen Verzicht Frankreichs auf die Beteiligung an den Gruben. 2. Die Frage des Uebergangsregimes von 1935 ab, für das eine Kontingentierung für mehrere Jahre der französischen Einfuhr nach der Saar und der Saarausfuhr nach Frankreich in Aussicht genommen ist. Die neue Wendung in den deutsch-französischen Saarverhandlungen läßt hoffen, daß spätestens während der Monate Juli oder August eine teilweise oder vollständige Einigung in der Saarfrage erfolgen kann.

Neue Verwahrungen.

Gegen die Zollpolitik des Bürgerblocks. — Argentinien und Polen.

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, haben die von der deutschen Regierung getroffenen Zollmaßnahmen, die die Einfuhr argentinischer Erzeugnisse stark einschränken, in Argentinien lebhaften Unwillen hervorgerufen. Der Verband argentinischer Erzeuger hat dem Staatspräsidenten Irigoyen eine Einspruchsnote unterbreitet, in der darauf hingewiesen wird, daß Argentinien jährlich für 100 Millionen Dollar deutsche Erzeugnisse einführt. Es werden Gegenmaßnahmen gefordert. Der Landwirtschaftsminister hat Schutzmaßnahmen in Aussicht gestellt. Die polnische Regierung hat nach einer im Völkerbundsekretariat eingetroffenen Mitteilung das auf der Zollfriedenskonferenz angenommene Abkommen über die einjährige Verlängerung der Handelsverträge, sowie das Protokoll über die wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen unterzeichnet. Polen hat jedoch an die Unterzeichnung die grundsätzliche Bedingung geknüpft, daß die Ratifizierung und das Inkrafttreten des Handelsabkommens nur dann erfolgen soll, wenn die übrigen Staaten ihre Zolltarife nicht über den Stand vom 1. April d. J. erhöhen und keinerlei wesentliche Veränderungen vornehmen, die für den Ausfuhrhandel Polens ungünstig sind. Diese an die Unterzeichnung geknüpfte Bedingung Polens wird in hiesigen unterrichteten Kreisen als ein unmittelbar gegen Deutschland gerichteter Vorbehalt aufgefaßt.

In Warschau freut man sich.

Warschau, 15. April. (Eigenbericht.)

Die polnische nationalpolitische Presse ist mit dem Ergebnis der Reichstagsabstimmung über das Agrarprogramm der Reichsregierung außerordentlich zufrieden.

Das nationaldemokratische „ABC“ schreibt, daß Polen jetzt unter keinen Umständen den deutsch-polnischen Handelsvertrag ratifizieren dürfte. Die Regierung spreche weit darauf hin, daß die nunmehr gelockerte Lage von Polen größte Vorsicht hinsichtlich der Ratifizierung des Handelsvertrages erfordere. Der „Krausener Kurier“ schreibt unter der Überschrift „Der Reichstag hat endlich eine Verständigung mit Polen unmöglich gemacht“, daß das Abstimmungsresultat in Warschau polnischen Kreisen einen „fatalen Eindruck“ hervorgerufen habe. Das Agrarprogramm der deutschen Regierung sei ein Werk der deutschen Agrarier, die gegen eine „großeuropäische deutsche Politik“ arbeiteten.

Der Zollfriedenspakt.

Zum Fristablauf am 15 April haben 17 Staaten unterzeichnet

Genf, 15. April. (Eigenbericht.)

Am 15. April ist die Frist für die Unterzeichnung des kommerziellen Abkommens der Zollfriedenskonferenz abgelaufen. Nachdem in den letzten Tagen noch Polen, Schweden und Rumänien die Konvention unterzeichneten, ist die Zahl der Unterzeichner auf 17 Staaten gestiegen. 21 Staaten haben das Protokoll über die weitere Wirtschaftskoordination unterschrieben. Die Inkraftsetzung der Konvention hängt davon ab, ob die Staaten, die sie unterzeichnet haben, bis zum November ihre Ratifikation vollziehen und ihre Zollsätze nicht erhöhen.

Das Brüning-Schiele-Zollprogramm mit seiner starken Erhöhung autonomer Zölle gefährdet selbstverständlich in hohem Maße auch diese Ratifikationen.

Der 1. Mal in Spanien. Die Arbeiterverbände haben erklärt, daß die gegenwärtige Regierung nur eine Fortsetzung der Diktatur bedeute und deshalb beschließen, den 1. Mal nicht durch eine Kundgebung, sondern durch eine allgemeine Arbeitseinstellung zu feiern.

Entlastung des Danziger Arbeitsmarktes beitragen sollten, protestiert wurde und für jede Benachteiligung reichsdeutscher Kräfte in Danzig sogar Repressalien angedroht wurden, so zeigt das, welche Bären Dienste damit dem im schweren Selbstbehauptungskampf stehenden deutschen Danzig geleistet wurden.

Aber Danzigs Not bleibt auf die unhaltbaren Zustände des Arbeitsmarktes leider nicht beschränkt. Seit seiner Gründung leidet es unter einer Ueberforderung seines Beamtenapparates, der in geradezu unverantwortlicher Weise von dem damals ausschlaggebenden Deutschnationalen als ausgiebige Parteipfründe zur guten Versorgung von Tausenden ihrer Anhänger dienen mußte. Wenn auch dieser aufgeblähte Verwaltungsapparat im Laufe der letzten Jahre um etwa 3000 Köpfe verringert werden konnte, zum Teil sogar auf Befehl des Völkerbundes mußte, so ist auch der jetzt noch allein auf Beamtengehälter entfallende Anteil von 53,3 Proz. der gesamten Staatsausgaben auf die Dauer völlig untragbar. Da außerdem die Staatseinnahmen aus Zöllen und der Post, bei dem infolge der wachsenden Konkurrenz des polnischen Postunternehmens — eine rückläufige Tendenz zeigen, sind die Staatsfinanzen in einer Weise angepannt, die bei weiterer Verschlechterung der ungünstigen Wirtschaftslage leicht zu einer Katastrophe führen kann. Bereits für das neue Etatsjahr fehlten zum Ausgleich etwa 10 Millionen, die aufzubringen sich fast als unmöglich herausstellte. Ein von der Linksregierung aufgestelltes Sanierungsprogramm, das eine Erhöhung der Spiritusverbrauchsabgabe von 4 auf 8 Gulden pro Liter, eine Lohnsummensteuer von 1 Proz., Erhöhung der Einkommensteuer um 1 Proz. und Einführung eines Streichholzmonopols vorsah, war außerordentlich stark umstritten. Für die Sozialdemokratie war es nur im Rahmen einer Verbindung mit der Arbeitsmarktvereinbarung tragbar; nur dadurch können die Voraussetzungen für eine Befundung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse geschaffen werden.

Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß das vom sozialistischen Finanzminister Dr. Kamnitzer eingeleitete Sanierungswerk kurz vor seinem Abschluß gescheitert ist, weil die bürgerlichen Parteien auch in der teilweisen Ablehnung der Steuerpläne ihre Sonderinteressen über das Allgemeinwohl gestellt haben. Wie die Dinge jetzt ihre Lösung finden sollen, erscheint noch völlig ungewiß, zumal die Deutschnationalen, die immer wieder den Rücktritt der Linksregierung forderten, keine Reizung zeigen, ihre „Staatsverantwortlichkeit“ durch den Versuch einer Reisterung aller gekennzeichneten Schwierigkeiten unter Beweis zu stellen. Sie wären allerdings für die Lösung der vielfach in die Außenpolitik herübergespielenden Probleme gerade auf Danziger Boden sehr ungeeignet, wie es die Vergangenheit sehr zum Schaden des Staates immer wieder gezeigt hat. Wenn jedoch die bürgerlichen Mittelparteien nicht endlich das Verständnis für die dringenden Aufgaben aufbringen, die zur Erhaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Existenz des Freistaates ihre Erfüllung erheischen, muß die Zukunft Danzigs als sehr ungünstig beurteilt werden.

Reich und Thüringen. Kabinettsitzung in Weimar.

Weimar, 15. April.

Die thüringische Staatsregierung hat heute eine ausgedehnte Kabinettsitzung abgehalten. Sie befaßte sich vor allem mit den Differenzen, die noch immer zwischen dem Reich und dem Lande Thüringen bestehen. Minister Baum erstattete einen erschöpfenden Bericht über seinen Berliner Besuch, und die Kabinettsmitglieder nahmen mit Genugtuung davon Kenntnis, daß der Ausräumung der Schwierigkeiten nichts mehr im Wege steht.

Nach ausführlicher Beratung legte die Regierung eine neue Antwort fest, die morgen dem Reichsinnenminister Dr. Wirth überreicht werden soll. Ihre Veröffentlichung ist erst für morgen zu erwarten. Man kann jedoch annehmen, daß die Regierung nach wie vor den Standpunkt aufrechterhält, daß das Ermächtigungsgesetz seinen verfassungsändernden Charakter hat und daß sich die Regierung mit der Klärung dieser Frage vor dem Deutschen Staatsgerichtshof einverstanden erklären wird. Im übrigen befaßte sich die Regierung in ihrer Sitzung noch mit anderen Fragen, u. a. mit dem Problem, wie man der Tilgung der schwebenden Schuld nähere treten könne.

Sie sind es wieder nicht gewesen.

Die Freunde der Bombenattentäter.

Die Bombenattentäter von Odessa sind verhaftet worden. Es hat sich herausgestellt, daß es Angehörige des in Hamburg verbotenen Bundes „Werwolf“ sind. Dieser Bund teilt einerseits mit, daß der Rechtsbeistand des Bundes versucht habe, die Angehörigen aufzulösen, andererseits „weist er den Versuch zurück, den „Werwolf“ mit Einzelaktionen zu identifizieren“.

Sie erkennen also die Täter an und erkennen sie doch nicht an! Die intellektuelle Mitschuld werden sie nicht von sich abwenden können, mögen sie auch noch so sehr die Abschüttelungs- und Ablenkungstaktik befolgen, die ihnen feinerzeit die Nationalsozialisten vorgemacht haben.

Ein fünfter Täter verhaftet.

Hamburg, 15. April.

Wie der „Hamburger Anzeiger“ erzählt, ist heute vormittag außerhalb Hamburgs im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen in Bad Odessa und Neumünster die fünfte Person verhaftet worden, die zur Zeit einem eingehenden Verhör unterzogen wird. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß man sich über die Angelegenheit vorläufig nicht äußern könne.

Der Reichspräsident empfing den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

Der Fememörder Eckermann ist gegen eine Sicherheitsleistung von 20 000 Mark und die Verpflichtung, sich täglich auf der Polizei zu melden, aus der Haft entlassen worden.

Im Währdener Landfriedensbruchprozeß hat nicht nur der Verteidiger der kommunistischen Angeklagten, sondern auch die Staatsanwaltschaft gegen das vom Altonaer Schwurgericht in Melldorf gefällte Urteil Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Das Ostprogramm.

Eine Denkschrift der Reichsregierung.

Das Reichskabinett tritt im Laufe des Mittwochs zu einer Sitzung zusammen, um sich mit laufenden Angelegenheiten zu beschäftigen. Das Ostprogramm steht noch nicht zur Beratung, da die vom letzten Kabinett ausgearbeiteten Vorschläge zunächst noch einmal von den Ressortministern geprüft und überarbeitet werden. Auch die Frage des Requiraments im deutschen diplomatischen Dienst ist zunächst noch nicht auf der Tagesordnung.

*

Die eigentliche Osthilfe-Vorlage des Kabinetts Brüning liegt noch nicht vor, um sie wird noch gehandelt. Das Finanzministerium hat inzwischen dem Reichsrat eine Denkschrift vorgelegt, deren Vorschläge zum großen Teil noch auf die Regierung Müller zurückgehen. In der Denkschrift heißt es:

Der vorliegende Plan einer Osthilfe kann wegen der Abgrenzung seines Aufgabengebietes, für welche die Finanzlage des Reiches entscheidend mispricht, nicht alles umfassen, was zum Wiederaufbau des Ostens notwendig ist und geschehen mußte. Vielmehr wird die Gesamtpolitik der deutschen Reichs- und der preussischen Staatsregierung und die Bewirtschaftung aller Haushalte der Reichs- und der preussischen Staatsressorts als leitenden Gesichtspunkt den berücksichtigen müssen, die Widerstandskraft des Ostens so zu stärken, daß die sich hier auftuende wirtschaftliche und nationalpolitische Gefahrenquelle verstopft wird.

Die Ostprovinzen müssen in die Lage versetzt werden, auf gleicher Stufe mit anderen Landesteilen wettbewerbsfähig zu werden. Es ist unvermeidlich, daß die anderen Landesteile

zur Erreichung dieses Zieles Opfer werden bringen müssen, sei es beispielsweise auf dem Gebiete der Steuer-gesetzgebung oder in sonstiger Weise, durch die der unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehende Osten wenigstens auf eine Reihe von Jahren bewußt vor anderen Gebietsteilen bevorzugt wird.

Es werden noch diesem Programm zu betreten sein ganz Ostpreußen, die vier Kreise Rauenburg, Bütow, Stolp und Rummelsburg des Regierungsbezirks Köslin, die Kreise Jülichau-Schwiebus und Friedeberg, Landsberg und Arnswalde der Provinz Brandenburg, die ganze Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, von Niederschlesien die Kreise Gutzau, Militsch, Rastow, Gr. Bartenberg, Glogau, Freystadt und Grünberg und ganz Oberschlesien.

Die Denkschrift enthält zum Schluß eine Zusammenstellung über die behandelten Einzelaufgaben. Danach erfordern die Bedürfnisse des Ostens einen Gesamtbetrag innerhalb der nächsten zehn Jahre für die Zwecke der Landwirtschaft (Entschuldung) 59,3, Erhaltung bäuerlicher Betriebe 4, Postenfürsorge (auf 10 Jahre) 70, Frachterstattung für Hinterpommern (auf 5 Jahre) 5, Produktionsförderung 5, Restorations 7,5, Barfahrgeld 0,8, Beschäftigung von Landarbeitern (Umzählung usw.) 0,75, Infanzionsfonds für Stadt und Land 10, Kleinbahnen 2, Chausseebauten 7,5, Wasserstraßen und Verkehrsförderung 3,4, Elektrizität 25,8, Gewerbeentwicklung 2,7, Kindergärten 10, Jugendeinrichtungen 8, Schwefelstationen 6, Krankenhäuser 15, Reserve 29 Millionen Mark.

Der Gesamtbetrag beläuft sich nach dieser Aufstellung auf 350 Millionen Mark. Dieser Betrag ist aber nur als vorläufig zu betrachten.

Reichsrat und Brüning-Gesetze.

Ohne Einspruch zur Kenntnis genommen.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstagabend mit den am Montag vom Reichstag verabschiedeten Steuer-, Finanz- und Zollgesetzen. Der Reichsrat nahm bei Stimmhaltung Thüringens und gegen die Stimme von Niederschlesien alle diese Gesetze zur Kenntnis, ohne Einspruch gegen sie zu erheben.

Zu diesem letzten Gesetz führte der Berichterstatter der Reichsratsausschüsse, preussischer Ministerialdirektor Dr. Brecht, aus: Der Reichstag hat den Artikel 1 dieses Gesetzes, der sich auf die Arbeitslosenversicherung bezieht, umgearbeitet. Die Reichsratsausschüsse beantragen nicht etwa, Einspruch zu erheben. Preußen hat sich allerdings folgenden Gedankengang vorbehalten: Preußen hätte es an sich gern gesehen, wenn der Entwurf schon weitere Deckung und weitere Maßnahmen getroffen hätte. Aber das Gesetz hat ja den Vorteil, daß es eine Balance ausstellt.

Wie halten es jedoch insofern für ein gewöhnliches Gesetz wie jedes andere, als es späterer Abänderung unterworfen sein muß, daß also die Beiträge erhöht und die Zuschüsse anders bemessen werden können, eventuell auch aus der Initiative des Reichsrats heraus.

Diesem Standpunkt haben wir in den Ausschußberatungen für Preußen geltend gemacht und haben infolgedessen davon abgesehen,

den Antrag zu stellen, daß gegen das Gesetz Einspruch erhoben werde.

*

Der Reichspräsident hat am Dienstag nachmittag die vom Reichsrat verabschiedeten Steuer- und Agrargesetze durch seine Unterschrift vollzogen.

Sonderkonferenz der Zafager.

Die Lage bei den Deutschnationalen.

Im Anschluß an die Montagssitzung des Reichstags versammelten sich, wie die deutschnationalen „Deutsche Tageszeitung“ meldet, im Reichstag 23 Mitglieder der deutschnationalen Fraktionsmehrheit — eine Reihe anderer war bereits abgereist — und beschloßen, umgehend Maßnahmen zu treffen, um gegenüber falschen und irreführenden Darstellungen der politischen Vorgänge der letzten Tage in der Parteipresse und in offiziellen Rundschreiben die wirklichen Zusammenhänge und die Beweggründe ihres Verhaltens zur Geltung zu bringen.

Die Mehrheit der deutschnationalen Fraktion hat für die Agrar- und Steuererläge der Regierung gestimmt.

Warum es so kam.

Die Kriegsschuldlegende der „Germania“.

Das Berliner Zentrumblatt, die „Germania“, setzt den aussichtslosen Versuch fort, für das Unheil der letzten drei Wochen die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. In einer Polemik gegen unsere gestrigen Ausführungen zu diesem Thema schreibt sie:

„Hat der „Vorwärts“ immer noch nicht begriffen, daß es bei diesem Kompromißantrag damals (dem Vorschlag Brüning — Regier zur Arbeitslosenversicherung) wirklich um die politische Entscheidung ging? Dieser Antrag war die Brücke für den weiteren Zusammenhalt der „Großen Koalition“. Er war das letzte Stück, das an dem Sanierungsprogramm noch fehlte, und legte der Sozialdemokratie weder einen sachlichen, noch einen politischen Verzicht auf. Im Gegenteil: er gab ihr sogar die Möglichkeit, um die Arbeitslosenversicherung in ihrem Sinne weiter zu kämpfen. Es handelte sich also darum, ob diese politische Brücke für den Zusammenhalt der Koalition von der Sozialdemokratie betreten wurde. Schon Dr. Brüning hat auf dem Parteiausschuß des Zentrums diese Frage ganz ausführlich behandelt, und er hat mit Recht festgestellt, daß der Sozialdemokratie die politische Bedeutung dieses Antrages nicht klargeworden ist, daß sie die Konsequenzen nicht übersehen hat, die sich aus einer Ablehnung ergeben mußten. Wenn die Sozialdemokratie jetzt den Denkschrift dahin verkehrt, daß sie den Koalitionserfreunden von früher die Verantwortung in die Schuhe schieben will, so ist das ein Zuspätschiebungskunststück, das nur die eigene Naivität der damaligen Haltung verdecken soll.“

Arme Sozialdemokratie! Sie hat die Weisheit des politischen Wunderkinds Brüning einfach nicht kopiert — daher das ganze Elend! Sie war so „naiv“, ein neues Kompromiß abzulehnen und an einem alten, auf das man sich schon zuvor im Kabinett geeinigt hatte, festzuhalten. Sie „überlah“, daß sich aus dieser Ablehnung folgende Konsequenzen „ergeben mußten“:

1. mußten die Parteien der Mitte die Regierungsvorlage im Stich lassen,
2. mußten die bürgerlichen Minister davonlaufen, ehe noch der Reichskanzler Müller Gelegenheit hatte, vor den Reichstag zu treten,
3. mußten die ausgeschiedenen Sozialdemokraten durch Mitglieder der Rechtsparteien ersetzt werden,
4. mußten auf Wunsch der Deutschnationalen die Lebensmittelzölle nochmals erhöht werden,
5. mußte auf Befehl der Wirtschaftspartei ein steuerliches Attentat auf die Konsumvereine unternommen werden,
6. mußten auch die Befehle der Bayerischen Volkspartei zur Herabsetzung der Biersteuer ausgeführt werden.

Das alles mußte kommen — warum? Weil die Sozialdemokratie die politische Weisheit des Wunderkinds nicht begriffen hatte!

Wer zweifelt noch daran, daß die Sozialdemokratie an diesem ganzen Malheur, das Kabinett Brüning heißt, die Alleinschuld trägt?

Liberaler Kagenjammer.

Der Selbstmord aus Angst vor dem Tode.

Volkspartei und Demokraten haben unter Brünings Führung den Sprung aus der Großen Koalition ins Ungewisse gewagt. Nun finden sie sich auf einmal in einer konservativ-agrarisch-mittelständlerischen Gesellschaft, in der sie sich nicht ganz wohl und ihrer Bries-losigkeit nicht ganz sicher fühlen. Die Stimmung, die in liberalen Kreisen herrscht, ist mit dem Wort „Kagenjammer“ noch viel zu gelinde bezeichnet. Es ist manchmal schon wilde Verzweiflung, was aus den Spalten ihrer Zeitungen spricht.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel mit der Ueberschrift „Erfolg?“, in dem sie darlegt, daß der Inhalt der in den letzten Tagen abgeschlossenen Kompromisse vor einer sachlichen Kritik nicht bestehen kann. Den Glauben, daß Osthilfe ohne Steuerbelastung möglich sei, kann sie nicht teilen, also fürchtet sie, daß durch die Osthilfe alle Steuererleichterungspläne wieder über den Haufen geworfen werden. Die Aussicht für eine durchgreifende Finanzreform von der Ausgabe Seite her findet das volksparteiliche Organ „eher verbaut als gefördert“. In überaus häßlicher Weise zeigt sich

der starke Einfluß kleiner Interessentengruppen bei der Warenhaussteuer und der Biersteuer.

Hier sei gruppenegoistischer und partikularistischer Wünsche bedauerlicherweise zu leicht nachgegeben worden. „Die Regelung der Biersteuer“, ruft die „Kölnische Zeitung“, „bedeutet schon einen Skandal“. Der ganze künftige Finanzausgleich werde durch sie ruiniert. In handelspolitischer Beziehung sieht die „Kölnische Zeitung“ aus den neuen Zollverhandlungen schwere Gefahren aufsteigen. Schließlich macht sie sehr interessante grundsätzliche Ausführungen über den agrarischen Staatssozialismus, der vom „Ethis der Privatwirtschaft“ abweicht. Solchen Staatssozialismus, meint die Kölnerin, bekämpfe man als Marxismus, wenn es sich um Einrichtungen für die Arbeiterschaft handele, aber man beweise „wissenschaftlich“ seine Richtigkeit, wenn er den Unternehmern und besonders der Landwirtschaft zugute kommt.

Die Ausführungen der „Kölnischen Zeitung“ werden, selbst das noch möglich ist, durch einen Artikel des demokratischen Landtagsabgeordneten Günther Grzimek im „Berliner Tageblatt“ an Schärfe überboten. Die Ueberschrift lautet bezeichnenderweise: „Selbstmord aus Angst vor dem Tode“.

Die Erde sei ihnen leicht.

Fried gegen Jazz.

Wo bleiben die tapferen Askaris Lettow-Vorbeds?

„Na, mal wieder (hier) geladen?“
Lächelnd sprach der Kammerherr...
Viktor v. Scheffel.

Herr Fried wütet im Lande Thüringen gegen die „Regierungskultur“. Das Ländchen mit 1 1/2 Millionen Einwohnern soll Experimentierfeld für nationalsozialistische Ideen werden, sozusagen ein drittes Reich in der Westentasche. Theaterbesitzer, die Jazzmusik in ihren Hallen dulden, wird wegen mangelnder moralischer Zuverlässigkeit die Spielkonzession entzogen. So will es der Ukas des Herrn Fried.

Natürlich ist die Vorliebe für das Egoistische ein Kennzeichen republikanischer Degeneration. Aber wie wird uns? Hatte nicht im absoluten Zeitalter jeder Fürst, sogar jeder Hochoblige, der auf zeitgemäßen Lebensstil Wert legte, seinen schwarzen Kammerdiener? Auch Kurfürst Friedrich von der Pfalz, den der Dichter Scheffel sich „wütend einst im Bette“ wälzen läßt, wird von einem Kammerherrn über seinen hochfürstlichen Kagenjammer hinweggetröstet. Selbst unser verfluchtiger Wilhelm gab noch viel auf die alte Sitte. Es ist bekannt, daß er bei seinem Potsdamer Garde du Korps sich einen schwarzen Tambourmajor hielt, mit dem er beim Empfang ausländischer Gäste zu prohen pflegte. Also: ganz streng genommen, ist Wilhelm II. der erste Veranstalter von Regermusik in Deutschland, und Herr Fried müßte es für hochberechtigt erklären, daß diesem Theaterdirektor das Volk am 9. November 1918 wegen moralischer Unzuverlässigkeit die Konzession entzogen hat. Aber, wer weiß, Hüter ist ja seit seinem Bruch mit Ruprecht höchst eigenhändig unter die Republikaner gegangen...

Doch noch etwas fällt uns ein: bei den Deutschnationalen sieht im Reichstag, nicht sehr entfernt von Herrn Fried, der General von Lettow-Vorbed, der berühmte Ostafrikaner. Wir haben nun gerade in nationalsozialistischen Blättern immer wieder begeisterte Schilderungen darüber gelesen, wie Lettow-Vorbed an der Spitze seiner treuen Askaris sich gegen gewaltige Uebermachten der Engländer bis zum Kriegsende behauptet habe.

Wer sind aber diese treuen Askaris? Mit Verlaub: Regersoldaten in deutscher Kolonialuniform. Da sie unter deutschem Kommando gekämpft haben, so sind diese Regersoldaten keine „schwarze Schmach“ — das sind nur Regersoldaten in französischer Kolonialuniform — sondern sie sind Helden, die durchaus in einem Atemzuge mit Armins blondäugigen Cheruskern, Friedrichs des Großen Grenadiere und — wir hätten beinahe gesagt, mit dem Helden Fried zu nennen sind, wenn nicht Herr Fried bedauerlicherweise auf Befehl seines bayerischen Königs den Krieg nur im Hinterlande erlebt und dort standhaft ausgehalten hätte, möhln ihn sein König gestellt hätte, nämlich in Birmaleso.

Wie ist es nun? Ist die Regermusik der Askaris für Deutschland erlaubt? Oder sind nur die Askaris erlaubt, aber nicht ihre Musik? Darf die Verneinerung durch die patriotischen Beschüder über Lettow-Vorbeds Taten gefördert werden? Wehe, wehe, in welche raffische Zwangsmühle ist der arme Fried geraten!

Weitere Fragen: Darf ein Thüringer Theaterdirektor noch den Othello Shakespeares geben oder den Fiesko Schillers, in dem gleichfalls ein Mohr eine beträchtliche Rolle spielt. Dürfen die Räuber noch aufgeführt werden, wo doch gleich eine ganze Familie Moor peinliche Reminiszzenz erweckt? Wird Herr Fried auch den „Konditorien der Gastwirtschaften“ erlauben, in denen Mohrentöpfe feilgeboten werden? — Probleme über Probleme.

Jonathan.

Die Wormser Januarunruhen.

Des gerichtliche Nachspiel. / Strafantrag des Staatsanwalts Darmstadt, 15. April.

In seinem Wädogen im Prozeß gegen die wegen der Wormser Januarunruhen als Rädelsführer beteiligten Angeklagten beantragte Oberstaatsanwalt Dr. May heute folgende Strafen: Gegen den kommunistischen preußischen Landtagsabgeordneten Oskar Müller ein Jahr vier Monate Gefängnis; gegen die Wormser Stadträte Haas und Habermehl neun bzw. sechs Monate Gefängnis; gegen vierzehn weitere Angeklagte Gefängnisstrafen von zwei bis zu neun Monaten; für drei Angeklagte beantragte er Freisprechung.

Bei der Verlesung der Strafanträge brachen wieder drei Angeklagte unter Krämpfen zusammen, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Ein Teil der übrigen Angeklagten erging sich in Beschimpfungen gegen das Gericht und die anwesenden Polizeibeamten, so daß zum Schluß der Ausführungen des Staatsanwalts von den zwanzig Angeklagten nur noch neun im Saal waren. Das Urteil dürfte erst am Mittwoch zu erwarten sein.

Sie bedauern.

Aufhebung des Verbois der „Niederdeutschen Zeitung“.

Nachdem der Verlag der „Niederdeutschen Zeitung“ und der Verlag des „Hildesheimer Abendblattes“ ihr Bedauern über den in der Veröffentlichung des Artikels „Und die gemohregelten drei Landräte“ (in Nummer 87 der genannten Blätter) liegenden Verstoß gegen das Gesetz zum Schutz der Republik ausgesprochen und zugesagt haben, dies auch ihrem Leserkreis durch Abdruck einer entsprechenden Erklärung des Bedauerns mitzuteilen, hat der Oberpräsident in Hannover im Einverständnis mit dem Minister des Innern das am 12. April 1930 wegen des erwähnten Artikels ausgesprochene Verbot des Blattes und seiner Kopfsblätter aufgehoben.

Der Prozeß gegen die Attentäter.

Termine noch ungewiß.

Milano, 15. April.

Zu dem Bombenattentäterprozeß ist ein Termin bisher nicht anberaumt worden. Entgegen der Meinung, daß die Verhandlung wahrscheinlich noch vor Pfingsten in Milano beginnen würde, wird von ununterrichteter Seite mitgeteilt, daß der Termin einstweilen noch völlig ungewiß sei. Die umfangreichen Akten werden gegenwärtig noch von der Staatsanwaltschaft bearbeitet. Erst wenn das Aktenmaterial dem Gericht wieder zugestellt sein wird, kann entschieden werden, ob das Schwurgericht sich in ordentlicher oder in einer außerordentlichen Sitzungsperiode mit dem Verfahren beschäftigen wird. Da für den zweiten Fall der Vorsitzende durch den Oberlandesgerichtspräsidenten in Kiel zu bestimmen ist, und Vorsitzender sowohl als Verteidiger mehrere Wochen gebraucht werden, um sich in das Aktenmaterial einzuarbeiten, so ist eine mündliche Verhandlung für die nächste Zeit noch nicht zu erwarten.

Gerettet!



„Gottlob, das Seil hat gehalten!“

Prager Konzernachwehen.

Kulturzusammenhänge in der Tschechoslowakei.

Prag, Mitte April 1930.

Ueber die Prager Konzertaffäre wächst schon reichlich Gras. Die von der Berliner Staatsoper getroffene Beilegung dieser peinlichen Angelegenheit wurde stillschweigend hingenommen, und auch das Organ der Kramarsch-Partei, das alles dies verschuldet hatte, ist mühschenstill geblieben. Die gesamte tschechische Presse hat den Keimlichen Chauvinismus der „Narodni Visty“ auf das entschiedenste abgelehnt. Wo auch immer in Prag über den Fall Jemlinsky-Novotna debattiert wurde, überall hörte man scharfe Worte gegen einen Nationalismus, der soweit geht, daß er sich ins eigene Fleisch schneidet.

Diese Affäre hat aber auch gutes gebracht: man wurde sich wieder der kulturellen Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen bewußt. Dem Tschechen steht trotz aller neuen Bestrebungen die deutsche Kulturwelt viel näher als jede andere. Fast ein jeder gebildete Tscheche versteht deutsch, und das Leben des tschechischen Volkes unterscheidet sich wenig von dem des deutschen. Die Tagesblätter in Prag — auch die internationalen — entnehmen ihre Nachrichten über das Ausland fast durchweg Beiträge der Wiener Blätter. Der Gelehrte Josef Dobroslav, dessen 100. Todestag vor einem Jahr gedacht wurde, schrieb seine Werte, durch welche die tschechische Sprache aus 200-jährigem Schlaf zum neuen Leben wiedererweckt worden ist, zumeist deutsch. Jan Kollar, der während seiner Studienzeit in Jena (nach den napoleonischen Kriegen) zum Anhänger der deutschen Philosophie wurde, befand eine deutsche Postortochter Frieberitz als Sinnbild des Slaventums. Svatopluk Cech, der nationalste Dichter, forderte kurz vor seinem Tode im Jahre 1908 geistesverwandte und gleichgesinnte Brüder in Deutschland („jenseits der Schneekette und des Böhmerwaldes“) auf, gemeinsam mit ihm und allen Freiheitskämpfern in der ganzen Welt für eine neue Gesellschaft tätig zu sein. J. S. Machar zeigt in seinem Gedichte „Nationalismus“, wie der nationale Haß nur Sache der Bourgeoisie und nicht des armen Volkes ist. („Warum kämpfen? Arme Teufel sind wir alle, ob deutsch, ob tschechisch wir nun sprechen.“) Im vergangenen Jahre erschien ein Roman des Schriftstellers J. V. Kravci, in dem die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Tschechen und Deutschen

in der Tschechoslowakei betont und deren gegenseitige Abhängigkeit nachgewiesen wird.

Auf Bühnen in Deutschland werden oft Stücke der beiden bedeutendsten tschechischen Dramatiker Karel Capek und Frantisek Langer gespielt. Die aus dem Leben des tschechischen Landvolks geschöpfte Oper Smetanas „Verkaufte Braut“ hat in Berlin dauernd Fuß gefaßt und wurde von dort aus am 10. April mittels Rundfunk verbreitet, während Bemühungen, sie in gleicher Weise auch in Paris heimisch zu machen nicht den gewünschten Erfolg haben. Auch die Musik Dvaraks und Janaceks fand in Deutschland Eingang. Die Prager deutschen Dichter, deren Namen in Deutschland einen sehr guten Klang haben — R. M. Rilke, Hugo Salus, Gustav Meyrink, Max Brod, Franz Werfel und viele andere — schildern in sympathischer Weise das tschechische Leben, und einige von ihnen verdolmetschen auch durch treffliche Uebersetzungen tschechische Literaturerzeugnisse den Deutschen. In Anbetracht dieser und aller sonstigen Kulturbeziehungen zwischen beiden Nationen mußten alle vernünftigen tschechischen Leute unbedingt über die kulturfeindliche Heise der „Narodni Visty“ entrüstet sein.

Die große Blamage, welche die Nationaldemokraten in der Konzertaffäre sich geholt haben, hat auch zu der jetzt in ihrer Partei sich vollziehenden Scheldung der Geister beigetragen. Der linke, um das Blatt „Demokratisches Zentrum“ gehörende Flügel der Partei, hat bei dieser Gelegenheit auf die Unmöglichkeit der bisherigen Politik der Partei hingewiesen. Während diese Fraktion den Führern Liebäugeln mit dem Faschismus und unverbesserlichen Romantismus dem Dr. Kramarsch vorwirft, verlangt der rechte Flügel eine noch nationalstiftendere Politik. Bei der vor einigen Wochen in Prag abgehaltenen Landeskonferenz haben diese Rechtsorientierten sogar von einem Erlahmen der Parteileitung im Kampfe gegen die „Bura“, d. h. gegen Masaryk, gesprochen. Sie haben jetzt das in Prag-Weinberge erscheinende nationaldemokratische Lokalblatt an sich gerissen, um in ihm ihren Standpunkt zu vertreten. Kramarsch hat es für notwendig gehalten, in einer Rede gegen die Behauptung zu polemisieren, daß er als Führer bereits auf ein Nebengleis abgesehen sei. Rudolf Jilovy.

Churchill und Magdon gegen Snowden.

Angriffe auf den Budgetentwurf.

London, 15. April. (Eigenbericht.)

Der konservative Kampf gegen Snowdens Budget wurde im Unterhaus durch Churchill eröffnet, der als Vorgänger Snowdens in den Jahren 1925/29 das Amt des Schatzkanzlers bekleidete. Churchill bezeichnete England als die steuerlich am schwersten belastete Nation. Während die Vereinigten Staaten, Frankreich und Deutschland ihre direkten Steuern gewaltig herabsetzten, drohte Großbritannien seine Wirtschaftskraft durch zusätzliche Steuern. Der einzige Grund der Mehrbesteuierung, die 94 Millionen umfasse, seien die Mehrausgaben der sozialistischen Regierung. Churchill bezeichnete die neuen Steuern als einen schweren, gegen die Industrie geführten Schlag.

Der Kampf des linken Flügels der Arbeiterpartei gegen das Budget, der bereits unmittelbar nach Snowdens Rede angekündigt wurde, setzte am Dienstag mit einer Rede Magdons ein. Der radikale Führer der Linken behauptete, daß das Budget mehr den konservativen als den sozialistischen oder liberalen Grundfragen entspreche. Es zeige klar und deutlich auf eine Wiederherstellung des kapitalistischen Handels und der kapitalistischen Produktion ab. Magdons Rede dürfte ein Vorspiel für weitere Angriffe gegen Snowden von seiten des linken Flügels bilden. Es kann sogar als zweifelhaft gelten, ob die radikale Linksgruppe der Arbeiterpartei mit der Regierung und den Liberalen für das Budget stimmen wird.

Keine Kundgebung am Chemin des Dames

Paris, 15. April. (Eigenbericht.)

Die für den Sommer dieses Jahres geplante große politische Kundgebung der Verbände einflussiger Frontkämpfer am Chemin des Dames soll nach einer Vereinbarung zwischen den zugehörigen deutschen und französischen Verbänden auf das nächste Jahr verschoben werden.

Seipel gegen die Parteien.

Der neue Führer der Heimwehrfront

Wien, 15. April. (Eigenbericht.)

Das „Linger Volksblatt“, eines der führenden christlichsozialen Provinzblätter, erklärt zu dem Rücktritt Seipels von der Führung der Christlichsozialen Partei, daß Seipel vor die Wahl gestellt worden sei, sich entweder für die Führung der Partei oder für eine über die Parteitätigkeit hinausgehende Tätigkeit zu entscheiden. Seipel habe dann der Partei eine Absage erteilt. Er wolle für die Partei keine Verantwortung mehr tragen und unterschiebe die Partei für die Tätigkeit, die er jetzt auszuüben beabsichtige, nicht mit der Verantwortung belasten. Seipel vertritt den Standpunkt, daß zur Bekämpfung des Sozialismus eine Einheitsfront aller Nichtsozialdemokraten notwendig sei. An dem Zustandekommen dieser Einheitsfront wolle er arbeiten. Da aber die anderen Parteien eine solche Einheitsfront mit den Christlichsozialen ablehnten, sei Seipel der Ansicht, eine solche Einheitsfront nur außerhalb der Parteien, also gegen die Parteien, bilden zu können. Seipel wolle der Christlichsozialen Partei nicht zumuten, ihm auf diesem Wege zu folgen, und habe deshalb seinen Posten als Parteiführer niedergelegt.

Konsumvereiner verhaftet.

Neun Direktoren des „Centrososus“ erwarten Todesurteile.

Romano, 15. April.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden dort am Montag mehrere leitende Angestellte der russischen Genossenschaft „Centrososus“ mit dem Direktor Scholnik an der Spitze verhaftet. Die Verhafteten werden der wirtschaftlichen Gegenrevolution beschuldigt. Ingesamt wurden neun Direktoren verhaftet, die durch das Oberste Gericht der Sowjetunion abgerichtet werden. Scholnik war früher Holzindustrieller und soll noch bis jetzt Bezüge von dem Verhafteten erhalten haben. Der Prozeß wird in Moskau stattfinden.

Wohnungsstil und Wohnungskultur

Was lehrt die Möbelschau auf dem Messegelände?

Wer durch den schönen Barockgarten der Möbelschau in den Funkturnhallen wandelt, wird bei Betrachtung der Sonderchau „Möbel und Woden im Wandel der Zeiten“ mit Erstaunen feststellen, wie wenig uns die Stilformen vergangener Epochen heute noch zu sagen haben. Es ist vor allem kunstgeschichtliches Interesse, was uns an den farbigen Dioramen reizt. Das hat seinen Grund darin, daß jeder Stil aus der Kultur seiner Zeit entstand, die sogenannte Kultur aber, auf Moral, Sitten und Anschauungen beruhend, in ständigem Wandel begriffen ist.

Betrachtet man das Bild „Ägypten, 2000 v. Chr.“, so braucht man kein Ägyptologe zu sein, um zu erkennen, wie eine ausgesprochene Herrenkaste mit den kostbarsten Erzeugnissen des Kunstgewerbes in ihren vier Wänden lebt, die ihren Freudenanteil am Leben auf dem Rücken der Sklaven aufbaut. „Mitteltal“ 1500 v. Chr. zeigt ebenfalls die Kultur der Eroberer im Bohn- und Modestil, verschwenderisch und zum Extremen neigend, mit barbarischen Anfängen. Ganz anders dagegen wirkt das Spielersche des pompejanischen Stils, wo Maler und Architekt den Illusionen der Genießer die farbige Perspektive unterlegen muß. Das Römische und Gotische als Übergänge zum mittel-europäischen Kulturzentrum ist nüchtern, besonnen und nach Verinnerlichung strebend. Es wird durch die Blüte des Rittertums und später durch höfische und päpstliche Prachtentfaltung zu einer Geschmackskultivierung geführt, die sich in der Pracht der Hochrenaissance ausläßt, wo Kunsthandwerk und Architektur auch in Deutschland ihre höchste Blüte finden. Da aber Kunst- und Stil-ausdruck ein Adelsprivileg waren, wobei wohl bemerkt werden soll,

muß die Entwicklung durch die furchtbaren Zeiten des Ungeschmacks, die wir bis zum Ausgang des vorigen Jahrhunderts finden. „Alte-deutsch“ nannte sich der Stil der willkürlichen Gründerzeit, sinnlos und überladen mit Zierrat waren die Möbel jener Periode. Mit Rippes, Tapissieren, Bordüren, künstlichen Sträußen und Bedeln, Trinthörnern, Photographicalben, gewundenen, geschweiften



Zimmereinrichtung mit Stahlrohrmöbeln.

und gedrehten Möbeln standen die Stuben voll. Der „Jugendstil“ um 1900, von dem das letzte Bild Kunde gibt, ist gewiß auch nicht nach unserem Geschmack; man muß aber nicht vergessen, daß er der ebenso müßige wie erfolglose Versuch war, mit den alten Traditionen zu brechen.

Die neue Technik schafft den klaren Ausdruck für die Form, die Maschine formt das flächige und durch Material und Farbe belebte Bild der Wohnung. Wohin diese Entwicklung führt, das zeigt das andere Bild der Ausstellung, die Möbelmesse selbst, die in ihrer Bescheidenheit und bildmäßigen Wirkung allein schon von diesem Wandel der Dinge Zeugnis ablegt. Schon drängt sich der Stahl als Baustoff an die Stelle der schönen Hölzer, die mit ihren geschnittenen oder gedämpften Tournieren noch das Feld behaupten. Industrie und Technik suchen nach dem Masseninstinkt des großen Käuferpublikums; je mehr sich aber der einzelne Mensch mit den Dingen der Mode und des Geschmacks beschäftigt, um so mehr wird er richtungweisend für die neuen Ideen des Fortschritts in Wohnungskreisen sein.

Bewag-Anleihe überzeichnet.

New York, 15. April.

Die 15-Millionen-Dollar-Anleihe der Berliner Elektrizitätswerke AG. wurde überzeichnet und die Zeichnungslisten geschlossen.

Das entlarvte „Nachtgespenst“.

Der Typ des „sympathischen Verbrechers“.

Das vor einigen Wochen überraschte, angeschossene und verhaftete „Nachtgespenst“ Joseph Kostrow hat bisher etwa 20 Einbrüche zugegeben; nicht weniger als 300 werden ihm zugeschrieben. Das Nachtgespenst, ein Mann im Alter von 35 Jahren, der zur Zeit noch im Krankenhaus liegt, wurde am Dienstagmorgen zum erstenmal über seine persönlichen Verhältnisse vernommen.

Kostrow, der aus bürgerlichen Kreisen stammt, geriet frühzeitig auf die schiefe Bahn. Mit 12 Jahren kam er in Fürsorge-erziehung. Die ersten Einbrüche liegen schon eine lange Zeit zurück. Sie waren in ihrer Methode vollkommen „normal“. Als Nachtgespenst betätigte sich Kostrow zum erstenmal vor 1½ Jahren. Die Angewohnheit, den Frauen, die er umgeben besuchte, die Bettdecke fortzuziehen, hat ihn allmählich so gut gefallen, daß er nicht mehr von ihr lassen konnte. Es ist indes nicht anzunehmen, daß diese Angewohnheit auf einer krankhaft sexuellen Veranlagung beruht.

Der das Nachtgespenst vernehmende Kriminalkommissar Dr. Lüdtke berichtet, daß Kostrow dialektisch sehr gewandt, scharfsichtig, schlagfertig, eben der Typ des „sympathischen Verbrechers“ wäre. Einmal hat Kostrow einen erfolgreichen Fluchtversuch aus dem Zuchthaus Sonnenburg unternommen, indem er den Pfarrer seiner Rutte und seines Gebetsbuches beraubte und dann im Dämmerlicht floh. Kostrow wurde von einem Polizeihund verfolgt und gefest. Er schnürte jedoch dem Tier oberhalb der Rippen die Luft ab und ließ ihn in seinen Händen verenden. Vier Wochen später sah man Kostrow.

Mutter und Kind verschwunden.

Selbstmord oder planloses Umherirren?

Das geheimnisvolle Verschwinden einer jung verheirateten Frau gibt zu der traurigen Annahme Veranlassung, daß die Vermisste mit ihrem Kinde freiwillig den Tod gesucht hat.

Es handelt sich um die erst 22jährige Frau Maria Laske, die in der Schönweider Straße in Neukölln wohnte. Sie hat sich am Montag mit ihrem einjährigen Kinde Lieselotte aus der Wohnung entfernt und ist seitdem spurlos verschwunden. Da die junge Frau Bekannten gegenüber mehrfach Selbstmordgedanken äußerte, befürchten die Angehörigen, daß sie sich und dem Kinde ein Leid angetan hat. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß die Vermisste irgendwo planlos umherirrt. Frau Laske ist 1,60 groß und schlank, hat dunkelblonden Bubikopf, Stumpfnase, blaue Augen und trägt zuletzt einen schwarzen Oitomanmantel mit Sealtragen, ein weinrotes Mantelkleid, helle Strümpfe und modelarbene Halbhuhe. Die Wäsche ist mit I. M. gekennzeichnet. Das für sein Alter ziemlich kräftig entwickelte Kind trug unter einem Mantelchen von blauem Wollstoff ein rotes Wollkleidchen.

Alle Mitteilungen über den Verbleib der Verschundenen sind an die Vermittlungszentrale des Berliner Polizeipräsidiums zu richten.

Aus dem dritten Stockwerk gestürzt.

Ein aufregender Vorfall, der in seinen Einzelheiten noch ungeklärt ist, spielte sich in der Dienstagnacht im Hause Helmstedter Straße 19 in Wilmersdorf ab. Gegen 11 Uhr erklangen aus einem Fenster des dritten Stockwerkes plötzlich laute Hilferufe, denen fast unmittelbar ein dumpfer Fall auf dem Hofe folgte. In einer großen Bluttahe lag auf den Steinfliesen eine junge Frau, die trotz schwerster Verletzungen noch Lebenszeichen von sich gab. In bewußtlosem Zustande wurde die Frau, die als eine 27jährige Susanne B. aus der Kaiserin-Augusta-Wee ermittelt wurde, in das Wilmersdorfer Krankenhaus der Uchenbachstraße gebracht.



So „wohnte“ man um 1880.

daß das reiche Bürgertum nicht abseits stand, zeigt das von Frankreich herübergekommene Barock und Rokoko, mit dem sich der preußische Kostengeld mit den liebsten heute noch identifiziert. Es war die Zeit der ärgsten Bedrückung der arbeitenden Schichten; die europäischen Höfe gesehten sich im überladenen Prunk, aber die vornehmen Damen hatten Käufe in ihren turmhohen Festuren. Die Abwandlung der Feudalrechte in die Hände des Bürgertums brachte für das kaiserliche Frankreich den gefälligen Directoirestil, während sich der sinnige Dichtergeist Deutschlands im Biedermeier konservierte.

Immer noch konnte die Gesellschaft in ihrer gemäßigten Gestaltung zu keinem einheitlichen Stilcharakter kommen. Die Ausstellung zeigt leider nicht, wie das arbeitende Volk wohnte. Erst als die Maschine begann, eine gleichförmige Uniformierung den äußeren Dingen des Lebens aufzuzwingen, konnten auch allmählich die Arbeiter zu einigermaßen anständigen Wohnungen und Möbeln. Noch

Das Fall-Rit
Dokumentierte
Protokolle
Herausgegeben von Esther Grenen

„Ein Leid zugefügt — er hat sie betrogen, zum Narren gehalten. Er hat dem unschuldigen Kind die Ehe versprochen, und dann auf einmal hat er sie auf der Straße nicht mehr erkannt. Ich selbst war dabei. Ich hab es mitgemacht. Wir gehen gerade vorbei an Niels Jörgensens Bäckerei, wissen Sie, rechts von der Kirche, und da steht noch Frau Bruns mit ihrer Rutte, ich weiß es noch, als wärs gestern gewesen, und spricht mit Lehrer Lund. Und auf einmal kommt der Mensch um die Ecke, mit der kleinen Schlumpe, der Dissipowna — Gott hab sie selig — und meine Marie-Louise wird so weh wie ein Tischfuß, und fällt mir beinahe um, gerade daß ich sie noch fassen kann, ohne daß die Leute was merken, das hält ja einen netten Klatsch gegeben, und ich bring sie nach Hause, nur raus ins Bett und Kamillentee und eine Woche später — o Gott, o Gott, wenn ich nur auch schon bei meinem lieben Kind im Himmel wär!“

„Arme Frau, weinen Sie nur, ich warte.“
„Herr Untersuchungsrichter, ich halt das nicht aus, ich geh nach Haus — und mein armer seliger Mann, der immer so auf die Ehre gehalten hat!“

„Aber, Frau Jensen, was Sie mir da erzählen, ist doch nichts, worüber Sie sich schämen müssen. Jedes junge Mädchen verliert manchmal ihr Herz.“

„Manchesmal? Meine arme Marie-Louise hat ihr Herz nur einmal verloren.“

„Gewiß, Frau Jensen, ich meinte auch nichts anderes. Und als Sie sie damals zu Bett brachten, da hat sie Ihnen wohl Beständnisse gemacht?“

„Da hat sie mir gestanden, daß sie mit dem Ungeheuer spazieren gegangen war, bis zwei Uhr nachts, im Mond, am Strand, o Gott, o Gott, wenn das nur nicht in die Zeitung kommt!“

„Und da hat er ihr wohl die Ehe versprochen?“

„Marie-Louise Jensen ging mit keinem Mann im Mondschlein spazieren, der ihr nicht die Ehe versprochen hatte.“

„Ja, ja, regen Sie sich nur nicht von neuem auf. Kein Mensch bezweifelt, daß Fräulein Marie-Louise ein tadelloses junges Mädchen war. Sagen Sie mal, wie alt war denn Ihre Tochter?“

„Im August wäre sie dreiunddreißig geworden.“

„So... Meine liebe Frau Jensen, ich bin Ihnen für Ihre Ausführungen sehr dankbar, sie werfen ein bezeichnendes Licht auf den Charakter unseres Häftlings. Ich will Sie aber nicht länger quälen und schließe deshalb die Einvernahme.“

Kgl. Amtsgericht Søndrup, 28. Juni 1929.
gez. Petrine Jensen. H. O. Jacobsen.

Protokoll

aufgenommen mit Graf Kai Aaresund, geb. 1912 auf Schloss Aaresund bei Søndrup, evangelisch, ledig, Sohn des Grafen Aaresund. (Der Zeuge bestand auf seiner Einvernahme.)

„Fassen Sie sich kurz, Graf Kai!“

„Herr Jacobsen, ich höre, daß Sie es sich nicht nehmen lassen, meine Mutter, die Gräfin Aaresund, zu verhören. Ja, wenn ich nicht irre, sind Sie sogar fest entschlossen, bis in ihr Schlafzimmer zu ihr einzudringen.“

„Graf Kai, wenn Sie nur deshalb gekommen sind...“

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß dies nie und nimmer geschehen wird. Und wenn ich mit meiner Leiche die Schwelle der Gräfin decken sollte.“

„Ich fürchte, auch das wird mich nicht hindern — die Befehle Dänemarks —“

„Was kümmern mich die Befehle Dänemarks. Ich halte mich an die Befehle des Adels. Wenn Sie, Herr Jacobsen, auch als Jude von diesen Befehlen keine Ahnung haben können —“

„Graf Kai, ich befehle Ihnen, auf der Stelle das Zimmer zu verlassen. Wenn Ihr Benehmen keine weiteren Folgen nach sich ziehen sollte, so verdanken Sie das einzig und allein Ihrer Jugend.“

„Ich bitte vielmals um Entschuldigung, Herr Untersuchungsrichter. Sie haben mich mißverstanden. Bei Gott, ich bin ein großer Freund der Juden. Ich dachte nicht daran, Sie zu beleidigen. Ich liebe Spinoza, ich —“

„Ich habe Sie vorgelassen, Graf Kai, weil Sie mir angeblich etwas Wichtiges mitzuteilen hatten. Ihre Ansichten über Spinoza interessieren mich nicht. Sollten Sie so fortfahren, so schließe ich die Einvernahme.“

„Gut, Herr Jacobsen. Ich wollte Ihnen mitteilen, daß meine Mutter erwiefernmaßen überhaupt keinen grünen Hut besitzt. Keine grüne Mütze, überhaupt nichts dergleichen.“

„Was soll nun das wieder heißen?“

„Was das heißen soll? — Daß ein Verhör mit der Gräfin Aaresund überflüssig ist, daß Sie damit nichts erreichen können, als sich lächerlich und unmöglich zu machen.“

„Graf Kai!“

„Ehrenwort, Herr Untersuchungsrichter. Ich habe die Garderobe meiner Mutter bis ins letzte untersucht, meine Mutter hat keinen grünen Hut.“

„Ich weiß nicht, was Sie wollen. Ich hatte nicht die Absicht, Ihre Frau Mutter über Ihre Garderobe zu verhören.“

„Aber Fähmann Hansen behauptet doch —“

„Du lieber Himmel, jetzt gehen Sie auch schon auf Reportage aus?“

„Gewiß, Herr Jacobsen. Sehen Sie, ich liebe meine Mutter, ich bete sie an. Als ich die schändlichen Anwürfe im „Aftenbladet“ las — die Kerle stecken sicher mit den Sozialisten unter einem Hut — da war ich nahe daran, die ganze Redaktion in Brand zu stecken. Dann aber überlegte ich mirs und dachte, was die können, das kannst du auch, und ging zu dem alten Gausbold. Wenn er Ihnen auch nichts von dem grünen Hut meiner Mutter gesagt hat, mir hat er es gesagt, und daraus geht doch klar hervor, daß die ganze Geschichte nichts ist, als eine Phantasie, eine Art Trunkenheits-halluzination, und daß —“

„Schon gut, Graf Kai. Ich bin Ihnen für Ihre Mitteilungen sehr verbunden.“

„Sie werden meine Mutter also nicht verhören?“

„Das wird sich kaum vermeiden lassen.“

„Sie werden die Folgen tragen müssen, Herr Jacobsen. Sie wandeln auf falschen Spuren. Wenn Sie durchaus was über diesen Schurken erfahren wollen, dann wenden Sie sich nicht an meine Mutter, dann fragen Sie doch mal nach bei Beiten Mantle —“

(Da der Zeuge mitten im Gespräch aus dem Zimmer stürzte, muß auf seine Unterschrift verzichtet werden.)

Kgl. Amtsgericht Søndrup, 28. Juni 1929.

gez. H. O. Jacobsen.

(Fortsetzung folgt.)

Kein Raubmord im Spreewald

Appelt hat sich selbst umgebracht.

Der mutmaßliche Mord an dem Inspektor der Genossenschaftsmolkerei Appelt in Burg i. Spreewald, über den wir im „Abend“ berichteten, hat eine überraschende Aufklärung gefunden. Appelt ist nämlich nicht einem Verbrechen zum Opfer gefallen, sondern er hat in der Nacht vom Montag zum Dienstag selbst Hand an sich gelegt.

Der erste Befund ließ zunächst vermuten, daß ein Raubmord vorliegt. Appelt hatte am Montag 20000 Mark Lohn-gelder erhalten, die der Inspektor mit einem Gehilfen zur Auszahlung fertig gemacht hatte. Die Lage der Leiche und auch die Einschüßung ließen den Verdacht berechnen, daß Appelt von Räubern niedergeschossen worden ist. Vom Berliner Polizeipräsidenten war Kriminalkommissar Lissigkeit nach Burg geschickt, um im Verein mit den Ortsbehörden die Untersuchung zu führen. Der Berliner Kriminalist kam bald zu der überraschenden Feststellung, daß überhaupt kein Verbrechen in Frage kommen könne. Es muß sehr mit Sicherheit angenommen werden, daß Appelt sich aus noch unbekanntem Gründen selbst erschossen hat. Der Selbstmörder war, wie erst später bekannt wurde, Linkshänder. Da der Schußkanal von links nach rechts durch den Körper ging, entstand der Eindruck, daß Appelt das Opfer eines Verbrechens geworden war. Die Waffe ist inzwischen wenige Meiler von der Leiche gefunden worden. Auch die Kassenschlüssel haben sich angefundem und bei der Ueberprüfung des Geldbestandes stellte sich heraus, daß nichts fehlte.

Appelt war verheiratet und hatte zwei unmündige Kinder. Er war allgemein sehr angesehen.

Nach allem hat es den Anschein, daß ein Raubmord von Appelt vorgetäuscht worden ist. Man forscht nun nach den Gründen, die den Inspektor zu seiner Tat bestimmt haben. Nach Gerüchten sollen etwa 23000 M. an dem Gesamtsassenbestand fehlen; für heute war eine Revision angelehrt. Dies hohe Konto konnte Appelt natürlich im Augenblick nicht decken. Außerdem hatte der Molkereinspektor eine hohe Lebensversicherung abgeschlossen. Da jedoch von der Versicherung bei Selbstmord der Betrag nicht so ohne weiteres gezahlt wird, hat A. vielleicht einen Raubmord voraussetzen wollen, um seine Hinterbliebenen in den Besitz des Geldes zu bringen.

Präfektursystem für Berlin?

In einer Versammlung der Fachgruppe Gemeindefachleute des Bundes referierte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Rathhausfraktion Erich Flatau über das „neue Selbstverwaltungsgefe für die Stadt Berlin“.

Der Redner ging zunächst auf die verschiedenen in Deutschland bestehenden Gemeindeverwaltungsgefe und ihre besonderen Kennzeichen ein und zog Vergleiche mit der Verfassung anderer Städte von der Größe und Stellung Berlins, wie z. B. Paris, London, New York. Im einzelnen behandelte er dann die Bestimmungen des Gesetzesentwurfes, wie er vom preussischen Innenministerium dem Staatsrat vorgelegt ist. Als Kernstück des Gesetzes sah er die Minderung der Rechte der Stadtverordnetenversammlung (Stadtvertreter) und die außerordentliche Erweiterung der Befugnisse des Oberbürgermeisters sowie der Aufsichtsbehörde an. Wenn man noch beachtet, wie weit die Rechte der Aufsichtsbehörde erweitert seien, läme man zu dem Schluß, daß Präfekt der Stadt Berlin in Wahrheit nicht der Oberbürgermeister, sondern der Oberpräsident wäre. Genosse Flatau schilderte dann weiter die Beratungen im Staatsrat, der verschiedene Änderungen vorgenommen habe und dessen grundsätzliche Stellungnahme dahin ginge, daß das Selbstverwaltungsgefe für die Stadt Berlin nicht vor Berücksichtigung der allgemeinen Reform durchgeführt werden dürfe. Gerade die Sozialdemokratie sei Träger des Gedankens einer einheitlichen Reform der Selbstverwaltungsgefe und habe ein Interesse daran, daß für Berlin nicht ein Ausnahmegefe geschlossen werde.

Der Vortrag des Genossen Flatau fand die geschlossene Zustimmung der Versammlung.

„Zeppelin“ auf der Spanienfahrt.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Dienstag 2.12 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zur Spanienfahrt aufgestiegen. An Bord befinden sich 16 Passagiere, darunter sechs Gäste. Der Start wickelte sich bei strömendem Regen sehr rasch ab und das Luftschiff entfernte sich sogleich in westlicher Richtung. Aller Voraussicht nach wird das Luftschiff seinen Weg über Südfrankreich, die Biskaya, Kap Finisterre und dann entlang der Westküste Spaniens nehmen.

Mörder Fahrdrum.

Am Dienstag nachmittag wurde der fünfjährige Wolfgang Mener aus der Kommodantenstraße 25 in Schöneberg beim Ueber-schreiten des Fahrdrummes vor dem Hause Raghbachstraße 17 von einem Lastauto überfahren und schwer verletzt. Das Kind wurde in das Tempelhofer St. Josefskrankenhaus gebracht, wo es kurze Zeit nach seiner Einlieferung gestorben ist.

Das neue Todesurteil.

Nachwort zum Jakobowski-Nogens-Prozess.

In Neustrelitz ist, wie wir meldeten, gegen August Nogens ein Todesurteil wegen Mordes an seinem Halbbruder gefällt worden. Frau Köhler und der jugendliche Fröh wurden zu Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt. Wir Sozialisten haben dieses Urteil vom menschlich-politischen und vom staatspolitischen Standpunkt aus zu prüfen.

Wir sind Gegner der Barbarei der Todesstrafe schlechthin und, solange die Todesstrafe gesetzlich besteht, Befürworter der Begnadigung bei jedem Todesurteil. Wir müssen darüber hinaus Begnadigung als unerlässlich bezeichnen, wenn ein Mensch auf Grund von Indizien zum Tode verurteilt worden ist. Die Verurteilung von August Nogens erfolgte auf Indizien hin. Es liegt weder ein Geständnis noch ein schlüssiger Tatbeweis vor. Warum konnte in Neustrelitz der Tod des kleinen Erwald Nogens nicht gestört werden? Weil einer der Hauptzeugen, mag er nun Mittäter, Mitwisser oder unschuldig sein, der Russe Jakobowski, auf Grund von Indizien hingerichtet worden ist. Es ist billig für das Neustrelitzer Gericht, zu sagen, daß „es der Ueberzeugung sei, Jakobowski sei Mittäter“ und deshalb zu recht hingerichtet worden. Die Urteilsbegründung bleibt dem Beweis schuldig. Was heißen Redensarten, wie die, daß „manches für Jakobowski als Haupttäter spricht“? Was heißt überhaupt die Begründung der Schuld eines Schwelgenden, eines Toten auf Aussagen von Menschen hin, die der Vorsitzende selbst in den ersten Sätzen seiner Urteilsbegründung als pathologische Lügner bezeichnet hat? Es sind Geständnisse gemacht, es sind Geständnisse widerrufen worden. Nichts ist geblieben als ein wüstes Durcheinander, in dem heute weder Richter noch Zuhörer zurechtfinden. Einer könnte vieles erzählen, wenn ordnungsgemäß unter Heranziehung eines Dolmetschers, ohne Vorurteil, gegen ihn als Angeklagten oder mit ihm als Zeugen verhandelt werden könnte. Diesem aber ist der Kopf abgehakt worden, und er ist für alle Zeiten stumm. Wir Sozialisten sind vom Sittlichen aus Gegner der Todesstrafe. Der Fall Nogens-Jakobowski aber zeigt daneben die Richtigkeit des Standpunktes des uns weltanschaulich fernstehenden greisen Rechtslehrers Kahl, der im Strafrechtsauspruch des Reichstages die Todesstrafe ablehnte, weil sie irreparabel, nicht wieder gutzumachen ist und deshalb Unheil anrichtet.

Staatspolitisch beleuchtet der Fall Jakobowski das Elend der deutschen Kleinstaaterei. Der Zwergstaat Mecklenburg-Schwerin hat eine 170000 Einwohner umfassende Landeshauptstadt entseert. Die Untersuchung des komplizierten Falles wird notdürftig durch einen gewiß redlich bestrehten Landjägermeister geführt, das ganze

Ländchen verfügt ja überhaupt nicht kriminalistisch über die Kräfte, einen so verwickelten Mordfall aufzuklären. Es herrscht der Stumpfsinn der Krähwinkelerei. Von den allzuvielen Behörden des lebensunfähigen Staatsgebüddens, die alle miteinander vertekelt, verpöpt oder verfeindet sind, tritt eine der anderen auf den Fuß: Einmal will der Oberstaatsanwalt Müller gegen den Polizeichef, der die jetzt verurteilten Nogens verhaften wollte, ein Verfahren wegen Freiheitsberaubung einleiten, jetzt soll gegen denselben Oberstaatsanwalt wegen Amtsverbrechens vorgegangen werden, das letzte Urteil aber gibt ihm eine Ehrenrettung. Den landfremden Beamten, die aus Berlin kamen, wurden Steine in den Weg geworfen, ja es geht soweit, daß man im Lande Mecklenburg-Schwerin von Parteien spricht, von denen die eine für, die andere gegen Jakobowski ist. Hier kann man nicht mehr von einer einwandfreien Rechtsprechung reden, man ist beim Lesen dieser Urteilsbegründung versucht, anzunehmen, daß Jakobowski auch noch unter der Erde für schuldig erlannt wurde, weil das Gericht allzu sehr von der Unschuldbarkeit der mecklenburgisch-strelitzischen Justiz überzeugt war. Wir Sozialisten sind auch aus Sorge um eine einwandfreie, allen Schuldigen alle Rechte sichernden Rechtsprechung Anhänger des Einheitsstaates und Gegner der Kleinstaaterei, die eines der übelsten Vermächtnisse der Dynastien ist.

So mahnt der Fall Jakobowski-Nogens in zweifacher Hinsicht, vor allem aber beständig er wiederum und hoffentlich bald zuletzt unsere Forderung: Fort mit der Todesstrafe!

Die verurteilten Angeklagten August und Fröh Nogens sowie Frau Köhler werden, wie uns aus Neustrelitz gemeldet wird, gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht einreichen.

Vom Reichsgericht bestätigte Todesurteile.

Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte heute durch Verwerfung der Revision das Todesurteil des Schwurgerichts Land vom 18. Dezember gegen den verheirateten Werksgehilfen Wille aus Angerburg, der in der Nacht zum 5. August 1929 ein 15 Jahre altes Mädchen mit einem Hammer erschlug und die Leiche auf den Bahnhöfen gelegt hatte. — Ferner wurde in der Revisionsverhandlung im Nordprozess Paschold-Berner vor dem I. Strafsenat des Reichsgerichts die Revision Werners antragsgemäß nach etwa einstündiger Beratung verworfen. Der 57 Jahre alte Dachdecker Berner war am 6. November vorigen Jahres vom Schwurgericht Leipzig zusammen mit seiner 21 Jahre alten Braut Paschold wegen Raubmordes an dem 45 Jahre alten verheirateten Straßenhändler Kirshberg, sämtlich aus Leipzig, zum Tode verurteilt worden.

Brennender Grubenschacht.

Die Belegschaft konnte vor Schaden bewahrt werden.

Kattowich, 15. April.

Am Montag abend geriet auf der Oheim-Grube bei Kattowich die Schachtanlage in Brand. Sie wurde zum größten Teil zerstört. Die Feuerwehren aus der Umgegend hatten mehrere Stunden lang angestrengt zu tun, um den Brand zu bekämpfen und ein weiteres Ausbreiten zu verhindern. Die in der Grube befindliche Belegschaft von 150 Mann wurde angewiesen, den Schacht auf einem anderen Wege zu verlassen, da Rauchvergiftungsgefahr bestand. Der Sachschaden ist sehr erheblich. Der Betrieb auf diesem Schacht mußte vorläufig eingestellt werden.

Hilfe unseren Erwerbslosen!

Der Kreis Prenzlauer Berg der Berliner Sozialdemokratie hatte als einer der ersten seine erwerbslosen Genossen zusammengerufen. Viele waren dem Rufe gefolgt: junge Menschen, deprimiert über das harte Los der Arbeitslosigkeit, Grausöpfe, denen die Not und Sorge im Gesicht geschrieben stand. Genosse Seebinder leitete die Versammlung, die von einem Referat des Genossen Paul Zippel von DDB, eingeleitet wurde. Er sprach über den „Kampf um die Sozialpolitik“. Trotz aller Schwierigkeiten sei es doch gelungen, die grundsätzliche Anerkennung des Rechts auf Arbeitslosenversicherung aufrechtzuerhalten. An die kenntnisreichen Ausführungen des Genossen Zippel schloß sich eine ausgedehnte Diskussion. Man spürte es den Genossen an, daß es ihnen Bedürfnis war, über ihre Erlebnisse als Erwerbslose zu sprechen. Noch fruchtbarer würden sich derartige Versammlungen wohl erweisen, wenn man konkretere Themen aus dem großen Gebiet der Sozialpolitik herausgreifen würde und darüber referierte. Die erwerbslosen Genossen brachten einstimmig den Wunsch zum Ausdruck, daß der Bezirksvorstand häufiger derartige Versammlungen veranstalten möge. Praktische Erfahrungen, die sich aus solchen Aussprachen ergeben, können dann bei der Gesetzgebung fruchtbar werden.

Todesstrafe im Prozeß Rughbach?

Der Antrag des Staatsanwalts.

Nach 3 1/2 wöchiger Verhandlung beantragte Staatsanwaltschaftsrat Stargardt gegen den Angeklagten Arbeiter Walter Rughbach wegen des Raubmordes an Raineberg in Potsdam die Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Professor Dr. Grestin pladierte für den angeklagten Oswald Humbeutel.

Abschiedskonzert der Schupo-Musiker.

Mit einem wohl gelungenen Programm verabschiedete sich das Schupo-Orchester in der staatlichen Hochschule für Musik für diese Saison von seinen zahlreichen Freunden. Goldmarks „Frühlings-Ouvertüre“ leitete den Abend ein, dann folgte eine fein empfundene „Etrische Phantasie“ des Dirigenten-Komponisten Camillo Hilbrand, die in dem Geigenvirtuosen Konzertmeister Schieber einen feinsinnigen Interpreten hatte. Graingers „Etrische Volkstänze“ fanden in ihrer überaus bunten Lebendigkeit starken Beifall. Joseph Schmidt, der wohl stark indisponiert, gab in Arten aus „Troubadour“, „Afrkanerin“ und „Rigoletto“ Proben bestkultivierter Gesangskunst. Die Ouvertüren zu „Fra Diavolo“ und „Tannhäuser“ beschloßen den Konzertabend. — Unter den zahlreich erschienen Gästen sah man viele Mitglieder der Ministerien, den Potsdamer Polizeipräsidenten, Polizeivizepräsident Dr. Weich, Polizeioberst Genz und andere.

„Sterbereklame“ in der U-Bahn.

Klappern gehört zum Handwerk und Reklame ist das höchste Geschäft, sagt sich der Kaufmann von heute. Zuggeben und einverstanden; nur scheint uns, daß es den Fahrgast etwas seltsam anmutet, wenn man U-Bahnwagen auf beiden Wandseiten mit „Sterbereklame“ besetzt. Eine Sargfirma blickt voll Stolz auf ihr Geschäftsjubiläum. Der Wagen ist nun voller Bildchen, die stets und immer von einem Sarglein geteert sind. Auf einem Plakat wird freundlich „unverwundlicher Vertreterbesuch“ angeboten. Etwas weniger Reklame wäre in diesem Falle entschieden geschmackvoller. Not und Elend grinsen uns samisch täglich und stündlich aus allen Ecken und Enden ins Gesicht.



Kaiser's Fest-Kaffee

IM GESCHENKBEUTEL
MK. 2.00 bis MK. 4.60 d. Pfd.
IN GESCHENKDOSEN MK. 4.00 d. Pfd.

5% RABATT IN MARKEN ZUCKER AUSGESCHLOSSEN

KAISER'S KAFFEE-GESCHAFT **UBER 1000 FILIALEN**

Amerikanischer Kapitalexport.

Für 70 Milliarden Mark Auslandsanlagen. — Englisch-amerikanische Konkurrenz.

Ein Ausdruck der wirtschaftlichen Weltmachstellung der Vereinigten Staaten ist die amerikanische Ausfuhr von Kapital. Während im letzten Vorkriegsjahr die Vereinigten Staaten nur über knapp 2 Milliarden Dollar (rund 8,5 Milliarden Mark) Auslandsanlagen verfügten, waren andererseits für 5 Milliarden Dollar amerikanische Werte in Händen von Ausländern. Der Krieg und insbesondere die einzigartige Rolle der Vereinigten Staaten als Kriegslieferant und Finanzier brachte hierin einen grundlegenden Wandel. Bereits 1924 waren über 8 Milliarden Dollar amerikanischen Geldes in ausländischen Werten angelegt. Ende 1929 belief sich diese Summe nach Berechnungen eines amerikanischen Statistikers auf 16,1 Milliarden Dollar, d. h. etwa 70 Milliarden Mark. Hierzu kommen noch weitere 11 Milliarden Dollar (45 Milliarden Mark) Staatsanleihen an die Ententemächte.

1929 ein Rückschlag bei ausländischen Emissionen.

Das Jahr 1929 hat für die wichtigste und zahlenmäßig am leichtesten ersichtbare Form der Kapitalausfuhr, die öffentlich aufgesetzten Anleihen an ausländische Unternehmer und Körperschaften, erstmalig einen erheblichen Rückschlag gebracht. Auch die englischen Auslandsanleihen gingen zurück, aber nicht in so starkem Umfang. Die im vergangenen Jahr überall herrschenden hohen Zinssätze hielten viele Unternehmungen in der ganzen Welt ab, Auslandsanleihen anzunehmen. Ferner wandten sich in den Vereinigten Staaten zahlreiche Kleinere und größere Kapitalisten der Spekulation mit Aktien amerikanischer Firmen zu, so daß für die Zeichnung von Anleihen nur verringerte Mittel übrig blieben.

Seit dem Börsensturz im Oktober und November 1929 ist hierin ein Wandel eingetreten, auch sind die Zinssätze allgemein wieder im Sinken begriffen, die Kapitalausfuhr zeigte auch sofort wieder ein neues Anwachsen. Andererseits ist auch der Kapitalbedarf amerikanischer Gesellschaften sehr hoch. Insbesondere Gesellschaften mit großen ausländischen Interessen nehmen Kapitalien von ungewöhnlichem Umfang neu auf, um die direkte Beteiligung an nichtamerikanischen Unternehmungen fortzusetzen. Es muß damit gerechnet werden, daß sich amerikanische Kapitalisten in einem großen Umfang direkt an industriellen Unternehmungen beteiligen (im vergangenen Jahr als Hauptbeispiele: Opelwerke, Dorem, AEG, Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk usw.), eine Entwicklung, die natürlich auf Kosten der Anleihevergabe gehen würde.

Das zweitgrößte Kapitalausfuhrland, Großbritannien, seit einer ganzen Reihe von Jahren von den Vereinigten Staaten überholt, konnte sich im Jahre 1929, weil seine Auslandsanleihevergabe nicht so scharf zurückging, den Ziffern der Vereinigten Staaten wieder erheblich nähern. Eine interessante amerikanische Uebersicht (in den amtlichen „Commerce Reports“) stellt die Auslandsanleihen beider Länder einander gegenüber. Die Summe der gewährten Auslandsanleihen betrug in Millionen Dollar:

	1928	1929
Vereinigte Staaten	1487,9	706,8
Großbritannien	768,3	541,5

Unter Berücksichtigung der Rückzahlungen, die von den englischen Ziffern bereits abgezogen sind, vermindert sich die amerikanische Zahl für das Jahr 1929 auf 671,2 Millionen Dollar. Diese Summen verteilen sich nach Bestimmungsgebieten folgendermaßen:

Bestimmungsgebiet	aus den	
	Ver. Staaten	Großbritannien
Europa	141,97	87,55 Mill. Dollar
Latinamerika	174,95	75,16
Ferner Osten und Ozeanien	51,45	157,10
Afrika	—	65,47
Nordamerika	289,69	67,76
Kolonien der Ver. Staaten	13,17	—
nicht bezeichnet	—	88,44
Insgesamt	671,23	541,47 Mill. Dollar

Der finanziellen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in Lateinamerika entspricht die Großbritanniens im Fernen Osten und in Ozeanien, wovon der weitaus größte Teil auf Australien, Neuseeland und Indien entfällt. Die amerikanische Anleihevergabe an deutsche Gesellschaften und Körperschaften ging von 292 Millionen Dollar 1928 auf 29,6 Millionen Dollar 1929 zurück, also auf etwa ein Zehntel.

Größter Anleihemarkt der Vereinigten Staaten ist Kanada: nicht weniger als die Hälfte sämtlicher Auslandsanleihen der Vereinigten Staaten gingen im vergangenen Jahr allein nach Kanada: für 289,7 Millionen Dollar; 1928 waren es nur 238,1 Millionen Dollar. Kanada hat somit als einziges Auslandsgebiet seinen Anleihezufuß aus den Vereinigten Staaten gegenüber dem Vorjahr noch vergrößern können.

Es sei hinzugefügt, daß die Ziffern nur die Anleihevergabe umfassen, nicht aber die direkten Kapitalbeteiligungen.

langzentrieren, da seine Käufer nicht nur in den benachbarten Straßen, sondern in weiterer Umgegend wohnen. Diese Konzentration des Betriebes ist bei den Konsumvereinen, die in der Hauptsache Lebensmittel vertreiben, nicht möglich. Zum Warenhaus braucht niemand alle Tage zu gehen; Nahrungsmittel aber werden nicht für längere Zeit eingekauft. Das Mitglied des Konsumvereins muß den Weg zur Warenabgabestelle öfter gehen. Darum muß der Konsumverein seinen Verkaufsapparat dezentralisieren; er muß viele Abgabestellen haben, wodurch mancherlei Ladenkosten notwendig sind. Diese Sonderumstände verschärfen das von Herrn Moldenhauer unterstützte Unrecht gegen die Konsumvereine.

Fünftens kann auch Herr Moldenhauer nicht unbekannt sein, daß die Mitglieder der Konsumvereine sich fast ausschließlich aus der lohnarbeitenden Bevölkerung, aus Arbeitnehmern rekrutieren. Der Umsatz des einzelnen Mitgliedes kann im Konsumverein eine gewisse Höhe nie überschreiten. Der Konsumverein kann nicht wie die Großbetriebe in Handel und Industrie mit großen Umsätzen des Einzelkäufers rechnen. Im Gegenteil, die Umsätze in den Konsumvereinen werden nur marktwiese und großenteils gemacht, besonders jetzt, wo weite Kreise der Konsumvereinsmitglieder arbeitslos sind.

Den Konsumvereinen ist durch die jetzige Regierung und Reichstagsmehrheit schwerstes Unrecht zugefügt worden. Dieses Unrecht muß beseitigt werden. P. L.

Konjunktur bei Bergmann.

Das Auslandsgeschäft belebt sich wieder.

Die Generalversammlung der Bergmann Elektrizitätswerke A.G. in Berlin beschloß die Verteilung einer Dividende von 9 Proz. wie im vergangenen Jahr. Die Umsätze sind, wie bei Siemens und der AEG, auch bei diesem großen Elektrokonzern im vergangenen Jahr bei verringertem Belegschaftsstand erhöht worden, doch hat Bergmann offenbar alle Ursache, seine sicherlich beträchtlichen Rationalisierungserfolge vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen. Diesmal verweigert nämlich die Verwaltung im Gegensatz zum Vorjahr und auch im Gegensatz zu den Veröffentlichungen der beiden anderen Berliner Elektrokonzerne die Umsatzziffern des Unternehmens.

Im Geschäftsbericht muß auch die Verwaltung zugeben, daß der schon im vorhergehenden Betriebsjahr um 15 Proz. auf 115 Mill. erhöhte Umsatz im Jahre 1929 weitergestiegen ist. Man kann daher bei vorsichtiger Schätzung mit einem Gesamtumsatz von 125 Mill. für 1929 rechnen, so daß bei der durch die Umstellung der Betriebe erfolgten Verringerung der Belegschaft eine weitere starke Erhöhung der Arbeitsleistungen je Mann und Schicht eingetreten ist.

Im neuen Betriebsjahr hat sich nach den Ausführungen des Konzernleiters Hiffint die Konjunktur bei dem Unternehmen wieder gebessert. Der Rückgang der Auftragsgänge, der im zweiten Halbjahr 1929 einsetzte, ist im laufenden Jahr zum Stillstand gekommen und im Auslandsgeschäft hat sich sogar wieder eine Belebung durchgesetzt. Auch der Preisrückgang ist in den letzten Monaten abgestoppt und für verschiedene Fabrikate konnten bereits wieder höhere Preise erzielt werden.

Bei der Gleichartigkeit des Fabrikationsprogramms wird sich bei Siemens und der AEG eine ähnliche Entwicklung vollziehen haben, so daß sich die Konjunkturverschlechterung bei den Berliner Elektrokonzernen nur auf einen ganz kurzen Rückschlag beschränkt hat, der jetzt bereits wieder einer Besserung Platz macht.

General Electric im Geschäftsglanz.

Umsatz 1750 Millionen Mark.

Die General Electric Co., Amerikas und der Welt größter Elektrokonzern, hat „das beste Jahr ihrer Geschichte“ hinter sich. Ihr Umsatz im vergangenen Jahr zeigt eine Steigerung um 28 Proz., nämlich von 337 auf 415 Millionen Dollar (rund 1750 Millionen Mark). Ihr Reingewinn stieg von 54,1 auf 67,3 Millionen Dollar, d. h. auf nicht weniger als 283 Millionen Mark. Der Umsatzwert ist mehr als halb so groß wie die gesamte deutsche elektrotechnische Produktion. Die Auslandsgeellschaft des Konzerns, die International General Electric Co., die sich vergangenes Jahr auch an der Ostam-Gesellschaft und der AEG beteiligte, verzeichnet eine Erhöhung der Beteiligungen von 35,4 auf 74,7 Millionen Dollar; ihr Reingewinn war jedoch mit nur 1,7 Millionen Dollar verhältnismäßig gering.

Die genannten Ziffern der General Electric Co. enthalten lediglich Angaben für diese Gesellschaft, ohne Einrechnung der Tochtergesellschaften und insbesondere der Auslandsbeteiligungen. Unter

Moldenhauers falsche Argumente.

Der Schlag gegen die Konsumvereine.

Aus Konsumvereinstreifen wird uns zu dem Attentat auf die Verbraucherorganisationen geleitet:

Die sozialdemokratische Reichsorganisation hat hart darum gekämpft, die Sonderumlagesteuer zu Fall zu bringen, die für die Einzelhandelsbetriebe mit mehr als eine Million Mark Jahresumsatz gelten soll. Als diese Bemühungen vergeblich waren, beantragte sie, die Konsumvereine von dieser Steuer auszunehmen. Dagegen hat sich der Reichsfinanzminister Moldenhauer mit der Erklärung gewandt, die Großbetriebe müßten gleichmäßig betroffen werden, gleichviel, ob es sich um privatkapitalistische oder um genossenschaftliche handelte. Herr Moldenhauer schenkt so gleiches Recht für alle vertreten zu wollen, aber, was er sagte, war durch und durch falsch.

Erstens werden ja von der Steuer gar nicht alle Großbetriebe betroffen, die des Handels bleiben meist und die der Industrie überhaupt frei, obwohl diese die leistungsfähigsten sind. Die Steuer richtet sich auch nicht gegen alle Genossenschaften, sondern nur gegen diejenigen der lohnarbeitenden Bevölkerung, nämlich die Konsumvereine.

Hier liegt ein Unrecht gegen die Konsumvereine vor, das um so größer ist, als kein kapitalistischer Betrieb bei seinem Geschäftsvorteil ähnlichen Beschränkungen unterworfen ist wie die Konsumvereine. Kein Gesetz begrenzt das Tätigkeitsgebiet eines Kapitalisten, kein Gesetz schreibt ihm vor, mit wem er Geschäfte machen darf und mit wem nicht. Den Konsumvereinen sind aber Grenzen ihrer Be-

tätigung gezogen; sie dürfen bei geleglicher Strafe ihr Geschäftsgebiet nur auf Mitglieder erstrecken und nicht darüber hinausgehen. Von dieser Beschränkung ist auch keine andere Genossenschaftsart betroffen; sie gilt nur für Konsumvereine.

Zweitens muß hervorgehoben werden, daß das neue Unrecht, das den Konsumvereinen durch die Sonderumlagesteuer zugefügt wird, um so größer ist, als die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die von dieser neuen Belastung frei bleiben, aus Reichsmitteln mit ungeheuren Summen unterstützt worden sind. Die Konsumvereine haben nie solche Unterstützungen erhalten, haben auch keine verlangt.

Drittens hat Herr Moldenhauer davon gesprochen, daß die Konsumvereine von der Körperschaftsteuer verschont geblieben seien. Auch das ist eine Verdrehung. Soweit das Körperschaftsteuergesetz unter gewissen Voraussetzungen eine Befreiung zuläßt, gilt diese Befreiung auch für die landwirtschaftlichen Genossenschaften, für die Einkaufsgenossenschaften der Händler usw.

Viertens müssen auch noch einige Worte über den Begriff Großbetrieb gesagt werden. Auch die Warenhaussteuer ist wirtschaftlicher Natur. Aber ein Warenhaus und ein Konsumverein, die einen gleich hohen Warenumsatz haben, sind deswegen durchaus nicht als gleichartige Großbetriebe zu betrachten. Das Warenhaus kann an alle verkaufen, der Konsumverein nicht. Das Warenhaus kann seinen Betrieb an einer Stelle

Die beste Ergänzung der Frühjahrsmode sind die neuen farbigen Salamander Schuhe in vielen modernen Farben und aparten Ausführungen. Und wenn von Preiswürdigkeit gesprochen wird, dann gibt es nur ein Wort:

SALAMANDER




In allen Verkaufsstellen kaufen Sie erstklassige Strümpfe und Socken in allen modernen Farbtönen

Einführung der von ihr mehr oder weniger kontrollierten Fabrikationsgesellschaften in Deutschland, Frankreich, England, Japan, Italien usw. würde sich ergeben, daß etwa die Hälfte der Starkstrom-Elektromaschinen-Produktion der Welt von der General Electric und den ihr nahestehenden Konzernen beherrscht wird. Hierzu kommen schwachstromtechnische Interessen, insbesondere die Radio Corp. of America, deren Nachstellung gerade in diesen Tagen gemeinsam mit der zweitgrößten amerikanischen Elektrofirma (Westinghouse Electric and Manufacturing Co.) verstärkt wird.

Der Präsident der dem Bankhaus J. P. Morgan nahestehenden General Electric, Owen D. Young, gehört nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu den allermächtigsten Personen des Erdballs.

Fortschritte im Einzelhandel.

Betriebsforschungen zu Rationalisierungszwecken.

Jahrelang hat sich der deutsche Einzelhandel zu seinem eigenen Schaden gegen die dringend notwendige Rationalisierung seiner Betriebe gestäubt. Jetzt bringt aber auch in diesem so vielseitigen und zerstückelten Gewerbe mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß mit Hilfe der wissenschaftlichen Betriebsforschung praktische Resultate der Rationalisierung erzielt werden können.

Die jetzt erschienene neueste Veröffentlichung der Forschungsstelle für den Handel in Berlin über den monatlichen Betriebsvergleich im Wäscheeinzelhandel bringt wertvolle Anregungen über einen monatlichen Betriebsvergleich betreffs der Umsätze, Kosten, Lagerhaltung und Personalleistungen. Durch die fortlaufende Auffstellung von sogenannten Richtzahlen, also Berichten, die den meisten aller unterliegenden Betriebszahlen am nächsten kommen, wird der Vergleich der monatlichen Betriebsergebnisse stark erleichtert.

In den von den einzelnen Geschäftsinhabern monatlich auszufüllenden Fragebogen werden sämtliche wichtigen Geschäftsvorgänge behandelt. Der Umsatz wird, mit dem gleichen Monat des Vorjahres verglichen, die Zahl der Kunden, und der Einkaufswert je Kunde, sowie die Zahl der im Betrieb beschäftigten Personen und die Zahl des reinen Verkaufspersonals als geben in den Vergleichen miteinander einen klaren Einblick in die gesamte Betriebsentwicklung des Berichtsmontats. Zur Berechnung der Lagerbereinigung wird die Summe der Wareneingänge angegeben, um bei der für den Einzelhandel äußerst wichtigen Frage der Lagerhaltung gleichfalls einen Ueberblick zu gewinnen, der sich kostenstetend auswirken kann. Schließlich werden zur Berechnung der Kostenentwicklung die einzelnen Posten, wie Raum-, Personal-, Beleuchtungs- und Retiamkosten einzeln gelistet.

Die Forschungsstelle für den Handel leistet mit ihren wissenschaftlichen Methoden hier in der Tat erfolgreiche Arbeit für die Wirtschaftspraxis des Einzelhandels. Auch der wirtschaftlich weniger geschulte Einzelhändler wird nimmer in der Lage sein können, sich ohne besondere Schwierigkeiten an diesen Betriebsvergleich zu beteiligen und daraus praktischen Nutzen ziehen. Die Forschungsstelle für den Handel stellt bereits für verschiedene Zweige des Einzelhandels, bzw. für deren Verbände monatliche Vergleichszahlen auf. Der Betriebsvergleich in weiteren Zweigen ist in Angriff genommen.

Daß sich der Fortschritt im Einzelhandel Bahn bricht, zeigt, daß sich beim Wäscheeinzelhandel die an den monatlichen Betriebsvergleichen teilnehmenden Händler in wenigen Monaten ohne besondere Werbemaßnahmen verdrängt haben. Neben den rein privatwirtschaftlichen Vorteilen, die sich der fortschrittliche Einzelhändler durch den monatlichen Betriebsvergleich verschaffen kann, wird die wissenschaftliche Durchforschung des Einzelhandels auch volkswirtschaftlich von großem Nutzen sein.

Höhere Mannesmann-Gewinne.

Wieder 7 Prozent Dividende.

Als letzter schwerindustrieller Konzern veröffentlicht jetzt die Mannesmanngruppe in Düsseldorf ihren Jahresabschluss für 1929. Wie die anderen Montankonzerne in Rheinland-Westfalen, haben auch die Mannesmann-Werke von der schwerindustriellen Konjunktur des letzten Jahres kräftig profitiert.

Der Rohgewinn steigerte sich von 34,4 auf rund 41 Millionen, nachdem bereits vorweg für Mehrkosten bei den großen Werksanlagen in Hufingen 4,4 Millionen Mark als Teuerungszuschlag abgesetzt wurden. Einschließlich dieses Abschlags hat also der Mannesmann-Konzern seinen Rohgewinn im letzten Jahr um mehr als 30 Proz. steigern können. Obwohl für die Abschreibungen auf die Werksanlagen mit 9,68 Mill. M. fast 1 Million mehr als im vergangenen Jahr abgesetzt wurde, liegt der Reingewinn mit 16 Mill. um mehr als 17 Proz. über den schon hohen Gewinnergebnissen von 1928. Die Dividende bleibt mit 7 Proz. unverändert, so daß vom Reingewinn mehr als 3 Mill. auf neue Jahresrechnung übernommen werden können. Nach Veröffentlichung des Geschäftsberichtes und der Bilanzunterlagen kommen wir auf den Abschluß dieses Unternehmens noch zurück.

Die Monatsübersicht der Preussische für Ende März zeigt gegen Ende Februar eine jähenmäßige Steigerung der Kreditgewährung von 664,8 auf 721,8 Millionen Mark. Diese Steigerung um 57 Millionen ist um 29 Millionen größer als in den Vergleichsmonaten 1929. Absolut ist das Engagement der Preussische Ende März aber noch um 2,1 Millionen niedriger als im Vorjahr. Die Kreditbeanspruchung kommt fast ausschließlich auf die landlichen Genossenschaften.

Kräftige Steigerung des Zementabfahes. Auf dem Baustoffmarkt hat sich im März die schon längst fällige Belebung durchgeleitet. So stieg nach dem Bericht des Deutschen Zementbundes der Zementabfah im März auf 571.000 gegen 294.000 Tonnen im Februar. Der Abfah hat sich also gegenüber dem Vormonat fast verdoppelt. In den ersten drei Monaten dieses Jahres stellte sich der Zementabfah auf 1,18 Millionen Tonnen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres infolge der kalten Tropfenfälle nur 0,60 Millionen Tonnen verkauft werden konnten. Zwar liegen die Abfahsfiguren im 1. Quartal dieses Jahres noch erheblich unter dem Umsatz von 1928, doch läßt die weitere Auflockerung des Kapitalmarktes erhoffen, daß die Bauwirtschaft, für deren Entwicklung der Zementabfah ein gutes Richtmaß gibt, noch kräftig angefaßt werden kann.

Höchstumsätze in der Kabelindustrie. Die Hadelhof Draht- und Kabelwerke A.G. in Hannover hat in der guten Kabelkonjunktur des vergangenen Jahres den höchsten Umsatz seit der 1906 erfolgten Gründung des Unternehmens erzielt. Der Betriebsüberschuss, der schon im Vorjahr von 3,5 auf 4,3 Millionen gestiegen war, erhöhte sich im Berichtsjahr auf rund 5 Millionen. Der mit 0,81 gegen 0,79 Millionen Mark ausgewiesene Reingewinn ist durch hohe Sonderabfahrechnungen gedreht worden. Die Dividende, die im Vorjahr 6 auf 8 Proz. erhöht wurde, bleibt unverändert. Gegen Ende 1929 ist die Geschäftstätigkeit stark zurückgegangen und hat sich bisher noch nicht in gleichwertigen Umfang wiederbeleben können.

Verkäufe

Spezialhaus Emil Wolfow, Berlin. Feil 1883 nur Domänenstraße 138. Fabrikationselektronik und Kullidion. Neuer Katalog feilfertig.

Wettbewerbsfall: Neul! Wegen Gebirgsmanufaktur feilfertig 12.500 13. - 14. - 15. - 16. - 17. - 18. - 19. - 20. - 21. - 22. - 23. - 24. - 25. - 26. - 27. - 28. - 29. - 30. - 31. - 32. - 33. - 34. - 35. - 36. - 37. - 38. - 39. - 40. - 41. - 42. - 43. - 44. - 45. - 46. - 47. - 48. - 49. - 50. - 51. - 52. - 53. - 54. - 55. - 56. - 57. - 58. - 59. - 60. - 61. - 62. - 63. - 64. - 65. - 66. - 67. - 68. - 69. - 70. - 71. - 72. - 73. - 74. - 75. - 76. - 77. - 78. - 79. - 80. - 81. - 82. - 83. - 84. - 85. - 86. - 87. - 88. - 89. - 90. - 91. - 92. - 93. - 94. - 95. - 96. - 97. - 98. - 99. - 100. - 101. - 102. - 103. - 104. - 105. - 106. - 107. - 108. - 109. - 110. - 111. - 112. - 113. - 114. - 115. - 116. - 117. - 118. - 119. - 120. - 121. - 122. - 123. - 124. - 125. - 126. - 127. - 128. - 129. - 130. - 131. - 132. - 133. - 134. - 135. - 136. - 137. - 138. - 139. - 140. - 141. - 142. - 143. - 144. - 145. - 146. - 147. - 148. - 149. - 150. - 151. - 152. - 153. - 154. - 155. - 156. - 157. - 158. - 159. - 160. - 161. - 162. - 163. - 164. - 165. - 166. - 167. - 168. - 169. - 170. - 171. - 172. - 173. - 174. - 175. - 176. - 177. - 178. - 179. - 180. - 181. - 182. - 183. - 184. - 185. - 186. - 187. - 188. - 189. - 190. - 191. - 192. - 193. - 194. - 195. - 196. - 197. - 198. - 199. - 200. - 201. - 202. - 203. - 204. - 205. - 206. - 207. - 208. - 209. - 210. - 211. - 212. - 213. - 214. - 215. - 216. - 217. - 218. - 219. - 220. - 221. - 222. - 223. - 224. - 225. - 226. - 227. - 228. - 229. - 230. - 231. - 232. - 233. - 234. - 235. - 236. - 237. - 238. - 239. - 240. - 241. - 242. - 243. - 244. - 245. - 246. - 247. - 248. - 249. - 250. - 251. - 252. - 253. - 254. - 255. - 256. - 257. - 258. - 259. - 260. - 261. - 262. - 263. - 264. - 265. - 266. - 267. - 268. - 269. - 270. - 271. - 272. - 273. - 274. - 275. - 276. - 277. - 278. - 279. - 280. - 281. - 282. - 283. - 284. - 285. - 286. - 287. - 288. - 289. - 290. - 291. - 292. - 293. - 294. - 295. - 296. - 297. - 298. - 299. - 300. - 301. - 302. - 303. - 304. - 305. - 306. - 307. - 308. - 309. - 310. - 311. - 312. - 313. - 314. - 315. - 316. - 317. - 318. - 319. - 320. - 321. - 322. - 323. - 324. - 325. - 326. - 327. - 328. - 329. - 330. - 331. - 332. - 333. - 334. - 335. - 336. - 337. - 338. - 339. - 340. - 341. - 342. - 343. - 344. - 345. - 346. - 347. - 348. - 349. - 350. - 351. - 352. - 353. - 354. - 355. - 356. - 357. - 358. - 359. - 360. - 361. - 362. - 363. - 364. - 365. - 366. - 367. - 368. - 369. - 370. - 371. - 372. - 373. - 374. - 375. - 376. - 377. - 378. - 379. - 380. - 381. - 382. - 383. - 384. - 385. - 386. - 387. - 388. - 389. - 390. - 391. - 392. - 393. - 394. - 395. - 396. - 397. - 398. - 399. - 400. - 401. - 402. - 403. - 404. - 405. - 406. - 407. - 408. - 409. - 410. - 411. - 412. - 413. - 414. - 415. - 416. - 417. - 418. - 419. - 420. - 421. - 422. - 423. - 424. - 425. - 426. - 427. - 428. - 429. - 430. - 431. - 432. - 433. - 434. - 435. - 436. - 437. - 438. - 439. - 440. - 441. - 442. - 443. - 444. - 445. - 446. - 447. - 448. - 449. - 450. - 451. - 452. - 453. - 454. - 455. - 456. - 457. - 458. - 459. - 460. - 461. - 462. - 463. - 464. - 465. - 466. - 467. - 468. - 469. - 470. - 471. - 472. - 473. - 474. - 475. - 476. - 477. - 478. - 479. - 480. - 481. - 482. - 483. - 484. - 485. - 486. - 487. - 488. - 489. - 490. - 491. - 492. - 493. - 494. - 495. - 496. - 497. - 498. - 499. - 500. - 501. - 502. - 503. - 504. - 505. - 506. - 507. - 508. - 509. - 510. - 511. - 512. - 513. - 514. - 515. - 516. - 517. - 518. - 519. - 520. - 521. - 522. - 523. - 524. - 525. - 526. - 527. - 528. - 529. - 530. - 531. - 532. - 533. - 534. - 535. - 536. - 537. - 538. - 539. - 540. - 541. - 542. - 543. - 544. - 545. - 546. - 547. - 548. - 549. - 550. - 551. - 552. - 553. - 554. - 555. - 556. - 557. - 558. - 559. - 560. - 561. - 562. - 563. - 564. - 565. - 566. - 567. - 568. - 569. - 570. - 571. - 572. - 573. - 574. - 575. - 576. - 577. - 578. - 579. - 580. - 581. - 582. - 583. - 584. - 585. - 586. - 587. - 588. - 589. - 590. - 591. - 592. - 593. - 594. - 595. - 596. - 597. - 598. - 599. - 600. - 601. - 602. - 603. - 604. - 605. - 606. - 607. - 608. - 609. - 610. - 611. - 612. - 613. - 614. - 615. - 616. - 617. - 618. - 619. - 620. - 621. - 622. - 623. - 624. - 625. - 626. - 627. - 628. - 629. - 630. - 631. - 632. - 633. - 634. - 635. - 636. - 637. - 638. - 639. - 640. - 641. - 642. - 643. - 644. - 645. - 646. - 647. - 648. - 649. - 650. - 651. - 652. - 653. - 654. - 655. - 656. - 657. - 658. - 659. - 660. - 661. - 662. - 663. - 664. - 665. - 666. - 667. - 668. - 669. - 670. - 671. - 672. - 673. - 674. - 675. - 676. - 677. - 678. - 679. - 680. - 681. - 682. - 683. - 684. - 685. - 686. - 687. - 688. - 689. - 690. - 691. - 692. - 693. - 694. - 695. - 696. - 697. - 698. - 699. - 700. - 701. - 702. - 703. - 704. - 705. - 706. - 707. - 708. - 709. - 710. - 711. - 712. - 713. - 714. - 715. - 716. - 717. - 718. - 719. - 720. - 721. - 722. - 723. - 724. - 725. - 726. - 727. - 728. - 729. - 730. - 731. - 732. - 733. - 734. - 735. - 736. - 737. - 738. - 739. - 740. - 741. - 742. - 743. - 744. - 745. - 746. - 747. - 748. - 749. - 750. - 751. - 752. - 753. - 754. - 755. - 756. - 757. - 758. - 759. - 760. - 761. - 762. - 763. - 764. - 765. - 766. - 767. - 768. - 769. - 770. - 771. - 772. - 773. - 774. - 775. - 776. - 777. - 778. - 779. - 780. - 781. - 782. - 783. - 784. - 785. - 786. - 787. - 788. - 789. - 790. - 791. - 792. - 793. - 794. - 795. - 796. - 797. - 798. - 799. - 800. - 801. - 802. - 803. - 804. - 805. - 806. - 807. - 808. - 809. - 810. - 811. - 812. - 813. - 814. - 815. - 816. - 817. - 818. - 819. - 820. - 821. - 822. - 823. - 824. - 825. - 826. - 827. - 828. - 829. - 830. - 831. - 832. - 833. - 834. - 835. - 836. - 837. - 838. - 839. - 840. - 841. - 842. - 843. - 844. - 845. - 846. - 847. - 848. - 849. - 850. - 851. - 852. - 853. - 854. - 855. - 856. - 857. - 858. - 859. - 860. - 861. - 862. - 863. - 864. - 865. - 866. - 867. - 868. - 869. - 870. - 871. - 872. - 873. - 874. - 875. - 876. - 877. - 878. - 879. - 880. - 881. - 882. - 883. - 884. - 885. - 886. - 887. - 888. - 889. - 890. - 891. - 892. - 893. - 894. - 895. - 896. - 897. - 898. - 899. - 900. - 901. - 902. - 903. - 904. - 905. - 906. - 907. - 908. - 909. - 910. - 911. - 912. - 913. - 914. - 915. - 916. - 917. - 918. - 919. - 920. - 921. - 922. - 923. - 924. - 925. - 926. - 927. - 928. - 929. - 930. - 931. - 932. - 933. - 934. - 935. - 936. - 937. - 938. - 939. - 940. - 941. - 942. - 943. - 944. - 945. - 946. - 947. - 948. - 949. - 950. - 951. - 952. - 953. - 954. - 955. - 956. - 957. - 958. - 959. - 960. - 961. - 962. - 963. - 964. - 965. - 966. - 967. - 968. - 969. - 970. - 971. - 972. - 973. - 974. - 975. - 976. - 977. - 978. - 979. - 980. - 981. - 982. - 983. - 984. - 985. - 986. - 987. - 988. - 989. - 990. - 991. - 992. - 993. - 994. - 995. - 996. - 997. - 998. - 999. - 1000. - 1001. - 1002. - 1003. - 1004. - 1005. - 1006. - 1007. - 1008. - 1009. - 1010. - 1011. - 1012. - 1013. - 1014. - 1015. - 1016. - 1017. - 1018. - 1019. - 1020. - 1021. - 1022. - 1023. - 1024. - 1025. - 1026. - 1027. - 1028. - 1029. - 1030. - 1031. - 1032. - 1033. - 1034. - 1035. - 1036. - 1037. - 1038. - 1039. - 1040. - 1041. - 1042. - 1043. - 1044. - 1045. - 1046. - 1047. - 1048. - 1049. - 1050. - 1051. - 1052. - 1053. - 1054. - 1055. - 1056. - 1057. - 1058. - 1059. - 1060. - 1061. - 1062. - 1063. - 1064. - 1065. - 1066. - 1067. - 1068. - 1069. - 1070. - 1071. - 1072. - 1073. - 1074. - 1075. - 1076. - 1077. - 1078. - 1079. - 1080. - 1081. - 1082. - 1083. - 1084. - 1085. - 1086. - 1087. - 1088. - 1089. - 1090. - 1091. - 1092. - 1093. - 1094. - 1095. - 1096. - 1097. - 1098. - 1099. - 1100. - 1101. - 1102. - 1103. - 1104. - 1105. - 1106. - 1107. - 1108. - 1109. - 1110. - 1111. - 1112. - 1113. - 1114. - 1115. - 1116. - 1117. - 1118. - 1119. - 1120. - 1121. - 1122. - 1123. - 1124. - 1125. - 1126. - 1127. - 1128. - 1129. - 1130. - 1131. - 1132. - 1133. - 1134. - 1135. - 1136. - 1137. - 1138. - 1139. - 1140. - 1141. - 1142. - 1143. - 1144. - 1145. - 1146. - 1147. - 1148. - 1149. - 1150. - 1151. - 1152. - 1153. - 1154. - 1155. - 1156. - 1157. - 1158. - 1159. - 1160. - 1161. - 1162. - 1163. - 1164. - 1165. - 1166. - 1167. - 1168. - 1169. - 1170. - 1171. - 1172. - 1173. - 1174. - 1175. - 1176. - 1177. - 1178. - 1179. - 1180. - 1181. - 1182. - 1183. - 1184. - 1185. - 1186. - 1187. - 1188. - 1189. - 1190. - 1191. - 1192. - 1193. - 1194. - 1195. - 1196. - 1197. - 1198. - 1199. - 1200. - 1201. - 1202. - 1203. - 1204. - 1205. - 1206. - 1207. - 1208. - 1209. - 1210. - 1211. - 1212. - 1213. - 1214. - 1215. - 1216. - 1217. - 1218. - 1219. - 1220. - 1221. - 1222. - 1223. - 1224. - 1225. - 1226. - 1227. - 1228. - 1229. - 1230. - 1231. - 1232. - 1233. - 1234. - 1235. - 1236. - 1237. - 1238. - 1239. - 1240. - 1241. - 1242. - 1243. - 1244. - 1245. - 1246. - 1247. - 1248. - 1249. - 1250. - 1251. - 1252. - 1253. - 1254. - 1255. - 1256. - 1257. - 1258. - 1259. - 1260. - 1261. - 1262. - 1263. - 1264. - 1265. - 1266. - 1267. - 1268. - 1269. - 1270. - 1271. - 1272. - 1273. - 1274. - 1275. - 1276. - 1277. - 1278. - 1279. - 1280. - 1281. - 1282. - 1283. - 1284. - 1285. - 1286. - 1287. - 1288. - 1289. - 1290. - 1291. - 1292. - 1293. - 1294. - 1295. - 1296. - 1297. - 1298. - 1299. - 1300. - 1301. - 1302. - 1303. - 1304. - 1305. - 1306. - 1307. - 1308. - 1309. - 1310. - 1311. - 1312. - 1313. - 1314. - 1315. - 1316. - 1317. - 1318. - 1319. - 1320. - 1321. - 1322. - 1323. - 1324. - 1325. - 1326. - 1327. - 1328. - 1329. - 1330. - 1331. - 1332. - 1333. - 1334. - 1335. - 1336. - 1337. - 1338. - 1339. - 1340. - 1341. - 1342. - 1343. - 1344. - 1345. - 1346. - 1347. - 1348. - 1349. - 1350. - 1351. - 1352. - 1353. - 1354. - 1355. - 1356. - 1357. - 1358. - 1359. - 1360. - 1361. - 1362. - 1363. - 1364. - 1365. - 1366. - 1367. - 1368. - 1369. - 1370. - 1371. - 1372. - 1373. - 1374. - 1375. - 1376. - 1377. - 1378. - 1379. - 1380. - 1381. - 1382. - 1383. - 1384. - 1385. - 1386. - 1387. - 1388. - 1389. - 1390. - 1391. - 1392. - 1393. - 1394. - 1395. - 1396. - 1397. - 1398. - 1399. - 1400. - 1401. - 1402. - 1403. - 1404. - 1405. - 1406. - 1407. - 1408. - 1409. - 1410. - 1411. - 1412. - 1413. - 1414. - 1415. - 1416. - 1417. - 1418. - 1419. - 1420. - 1421. - 1422. - 1423. - 1424. - 1425. - 1426. - 1427. - 1428. - 1429. - 1430. - 1431. - 1432. - 1433. - 1434. - 1435. - 1436. - 1437. - 1438. - 1439. - 1440. - 1441. - 1442. - 1443. - 1444. - 1445. - 1446. - 1447. - 1448. - 1449. - 1450. - 1451. - 1452. - 1453. - 1454. - 1455. - 1456. - 1457. - 1458. - 1459. - 1460. - 1461. - 1462. - 1463. - 1464. - 1465. - 1466. - 1467. - 1468. - 1469. - 1470. - 1471. - 1472. - 1473. - 1474. - 1475. - 1476. - 1477. - 1478. - 1479. - 1480. - 1481. - 1482. - 1483. - 1484. - 1485. - 1486. - 1487. - 1488. - 1489. - 1490. - 1491. - 1492. - 1493. - 1494. - 1495. - 1496. - 1497. - 1498. - 1499. - 1500. - 1501. - 1502. - 1503. - 1504. - 1505. - 1506. - 1507. - 1508. - 1509. - 1510. - 1511. - 1512. - 1513. - 1514. - 1515. - 1516. - 1517. - 1518. - 1519. - 1520. - 1521. - 1522. - 1523. - 1524. - 1525. - 1526. - 1527. - 1528. - 1529. - 1530. - 1531. - 1532. - 1533. - 1534. - 1535. - 1536. - 1537. - 1538. - 1539. - 1540. - 1541. - 1542. - 1543. - 1544. - 1545. - 1546. - 1547. - 1548. - 1549. - 1550. - 1551. - 1552. - 1553. - 1554. - 1555. - 1556. - 1557. - 1558. - 1559. - 1560. - 1561. - 1562. - 1563. - 1564. - 1565. - 1566. - 1567. - 1568. - 1569. - 1570. - 1571. - 1572. - 1573. - 1574. - 1575. - 1576. - 1577. - 1578. - 1579. - 1580. - 1581. - 1582. - 1583. - 1584. - 1585. - 1586. - 1587. - 1588. - 1589. - 1590. - 1591. - 1592. - 1593. - 1594. - 1595. - 1596. - 1597. - 1598. - 1599. - 1600. - 1601. - 1602. - 1603. - 1604. - 1605. - 1606. - 1607. - 1608. - 1609. - 1610. - 1611. - 1612. - 1613. - 1614. - 1615. - 16

Wie Meineide zustande kommen.

Ein Richter vereidigt unnötigerweise einen Zeugen.

Der 22jährige Chauffeur A. macht mit dem ihm befreundeten 19jährigen Kellner L. eine kleine Vergnügungsfahrt zur Konditorei, auf der Rückfahrt bittet der Kellner, das Steuer nehmen zu dürfen und fährt einen Baum an. Der Chauffeur wird leicht verletzt, die Vorderachse und der linke Reifling werden beschädigt. L. erhält einen Strafbefehl wegen Fahrens ohne Führerschein; er legt Widerspruch ein, in der Gerichtsverhandlung bestreitet er, am Steuer gefahren zu haben; A. bestätigt diese Aussage unter dem Eide; es erfolgt ein Strafverfahren wegen Meineids, für den er sich gestern vor dem Landgericht III zu verantworten hat. Die Jugendhausstrafe, die auf die Anklage steht, wird durch den Umstand gemildert, daß A. durch die Angabe der Wahrheit auch gegen sich selbst eine Strafverfolgung zu gezogen hätte.

Wer war nun die treibende Kraft bei der falschen Eidesleistung. A. sagte, daß beide darin einig gewesen seien, die Unwahrheit zu sagen. Er habe gefürchtet, den Führerschein zu verlieren, L. wollte einerseits nicht die Strafe zahlen, andererseits auch nicht für das beschädigte Auto aufkommen. Schon vor der polizeilichen Vernehmung hätten sie sich verabredet, falsch auszusagen. Vor der Verhandlung haben sie die Verabredung noch einmal besprochen. L. als Zeuge erklärte in der gestrigen Verhandlung, er habe nur aus Kameradschaft für A. gegen den Strafbefehl Widerspruch erhoben, damit dieser nicht um seinen Führerschein komme. A. habe ihn immer wieder gebeten, dabei zu bleiben, daß er nicht am Steuer gefahren habe. Der Amtsgerichtsrat, der A. den Eid abgenommen hat, bekundete, es sei ihm angefallen der Aussagen der Zeugen klar geworden, daß A. die Unwahrheit sagt. Trotzdem vereidigte er ihn. Haben Sie gar nicht daran gedacht, fragt ihn der Staatsanwalt in der Verhandlung, daß der Angeklagte, der bereits bei der polizeilichen Vernehmung L. durch seine falsche Aussage gedacht hatte, sich der Begünstigung schuldig gemacht hätte und deshalb unvereidigt bleiben sollte. Nein, sagte der Amtsgerichtsrat. Woher aber die Leichtfertigkeit in der falschen Eidesleistung? Den Ausschlag gab Sanitätsrat Dr. Leppmann. Der junge Mensch, unter äußerst ungünstigen Verhältnissen groß geworden, in seinen Vorstellungen nicht über das Knabenalter hinausreichend, hatte überhaupt nicht das Bewußtsein, von der Tragweite dessen, was er tat. Er hatte mit

L. verabredet, so und nicht anders auszusagen und so glaubte er, verpflichtet zu sein, sein Wort zu halten...

Das Gericht verurteilte den jungen Menschen zu 6 Monaten Gefängnis und billigte ihm Bewährungsfrist zu. Der Fall, eine Illustration mehr dafür, daß der Richter die Möglichkeit haben muß, einen Zeugen unvereidigt zu lassen, wenn ihm aus den Auslagen der vorhergegangenen Zeugen offenbar geworden ist, daß seine Aussage nicht stimmen kann.

Die Berliner Gerichtsverteilung.

Woran frant unsere Justizorganisation?

Im Festsaal des ehemaligen Herrenhauses tagte der Republikanische Richterbund Berlin zu einem Ausspracheabend über das Thema „Woran frant die Berliner Justizorganisation?“

Oberverwaltungsgerichtsrat Kroner begrüßte die Gäste. Reichsgerichtsrat Hartung hielt das Hauptreferat. Die Berliner Gerichtseinteilung, so führte er aus, ist über dreißig Jahre alt, entstammt also einer Zeit, in der man an die Millionenstadt von heute noch nicht dachte. Zu Berlin gehören vier Land- und fünfzehn Amtsgerichtsbezirke, und es ergeben sich Schwierigkeiten, die hauptsächlich auf organisatorischem Gebiete liegen. Der notwendigen Neuorganisation stehen finanzielle Bedenken entgegen. Trotzdem ist die Reform dringend notwendig. Spätere Erparnisse werden die Kosten wieder herabbringen. Es muß je ein gemeinsames Land- und Amtsgericht für das gesamte Gebiet Groß-Berlin errichtet werden. Ist dies vorerst undurchführbar, so müssen die Bezirksgrenzen bereinigt und die Groß-Berliner Strafgerichte und Staatsanwaltschaften im Rahmen des Möglichen zusammengelegt werden. In der Diskussion sprachen Rechtsanwalt Dr. Albrecht, Dr. Zielinski, Oberstaatsanwalt Köhler, Oberpräsident Dr. Falk und Landgerichtsdirektor Ziegel.

Es fiel auf, daß zwar das preussische Justizministerium, nicht aber das Reichsjustizministerium des Wirtschaftsparteilers Dr. Bredt vertreten war.

republikanischen Kräfte bleiben werde. Wenn aber heute einzelne Parteien damit drohen, ihre Anhänger aus dem Reichsbanner herauszuziehen, so muß gefast werden, daß damit das Reichsbanner nicht zu zerfallen ist. Das Reichsbanner wird durch verstärkte Agitation in Stadt und Land zeigen, daß es die beste Waffe der republikanischen Parteien gegen den Faschismus von rechts und links ist.

Wohin in den Ferien?

Der vor einiger Zeit erschienene Reiseprospekt des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit für das Jahr 1930 enthält eine große Anzahl der interessantesten Reisen ins In- und Ausland und zwar nach Dalmatien, Paris, Corfica, Riviera, Rhein, Südschweizer Seen, Adria, Norwegen, Normandie, Bornholm, Ostseestädte (Riga, Reval), England, Wien-Klagenfurt, Arad-Au-Hohle Tatra, Hamburg-Heiligoland, Budapest, Kurische Nehrung-Masurische Seen, Oberbayern-Nordtirol, Schweiz-Westalpen, Heidelberg-Schwarzwald, Spanien-Tunis. Außerdem sind für die Monate Mai bis September Ferienaufenthalte zu günstigen Bedingungen in Tesserele (Lefina) Kattenberg (Tirol) und Weiden (Kärnten) vorgesehen.

Neben den allgemeinen Ferien- und Gesellschaftsreisen finden vier wirtschaftspolitische Studienreisen unter fachmännischer Leitung statt und zwar: Berlin als Wirtschaftsgebiet, Mitteldeutschland als Wirtschaftsraum, Finnland als Agrarland, das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet. Um den weitesten Kreisen die Teilnahme an den Reisen zu ermöglichen, ist wiederum die Einrichtung getroffen, daß die Kosten in monatlichen Ratenzahlungen aufgebracht werden können. So früher die Zahlungen beginnen, um so geringer ist der Gesamtpreis für die Reise. Der reichsillustrierte Reiseprospekt ist gegen Einsendung von 25 Pf. in Briefmarken durch den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 63, Lindenstraße 3, zu beziehen; ebenso ist er in der Buchhandlung Dieck, Lindenstraße 2 (Laden), bei Horst, SO, Engeliner 24/25 (Laden), Buchhandlung Wittner, SW, Felsenstraße 11, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, S 14, Anseilstraße 6, Verband der graphischen Hilfsarbeiter, SO, Lützenwiler 37, Buchhandlung des Holzarbeiterverbandes, Am Köllnischen Park 6, erhältlich.

Die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H. (Adefer), hervorgegangen aus der Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ mit dem Sitz Jena, Marienstraße 4, erinnert ihre Mitglieder und Freunde, ebenso alle Touristen, Wanderer und Naturfreunde zur Osterzeit an ihre Ferien- und Erholungsheime. Im schönen Thüringer Wald liegen die Heime Frauenwald (am Rennsteig bei Jena) und Friedrichroda, im respolten Erzgebirge das Heim in Ripsdorf und das „Rudenhans“ in Rautenfranz (bei Aue i. Erzgebirge), in der Dübener Heide bei Eisenburg zwischen Wittenberg und Leipzig das Heim Eisenhammer und im märkischen Seengebiet unser Heim „Reiherhorst“ in Klein-Aöris. Die Heime Stelzgerhaus und Siebchans sind bereits belegt und können zum Osterfest keine Gäste mehr aufnehmen. Auch das Heim in Klein-Aöris, zu erreichen auf der Götlicher Bahn mit Fahrt bis zur Station Teupitz-Gr. Aöris, ist bereits belegt, aber da es dort von früh bis zum Abend Bepflegung gibt, lohnt sich auch ein Tagesausflug.

„Chinesische Sycopators“ im Kabarett der Komiker.

Im Kabarett der Komiker erleben wir in diesem Monat eine Kabarett-Weltreise. Hellmuth Krüger und Paul Nikolaus sind die Führer, die jede „Station“ gebührend begründen. Dazwischen bringen sie ihre Gäste mit einer witzigen „improvisierten“ Rundfunkdiskussion über die Vorzüge und Nachteile der Korruption zum schönsten Lachen. Aus Shanghai erfreuen uns die „Chinesische Sycopators“, herrliche Musiker, von denen besonders der jüngste und netteste „Boy“ sich die Herzen des Kurfürstendamms zu erobern weiß. Paris, London und Madrid haben ihre Besten gesandt. Aus New York erringt Harry Moore, der amerikanische „Popiertönig“ die Bewunderung des Berliner Publikums. Bevor das ganze Kabarett über Götze in seiner Vosse „Grolmannstraße 7“ laßt, trägt Willy Rosen mit jedesmalig energiegelassenen Reden (Text und Musik von mir!) seine neuesten Schläger vor.

Belährmter Genosse schwer geschädigt. Dem Genossen Werner Schimanski, Kullmstraße 6, ist am Donnerstag, dem 10. April, während er in den Kriminushallen in der Bremer Straße 73 die Verlesung besuchte, der Kollstuhl gestohlen worden. Alle, die eventuell etwas über diesen Diebstahl aussagen wissen, werden gebeten, dem Genossen Schimanski möglichst umgehend Mitteilung zu machen.

Sprechchor für proletarische Feiertunden. Mittwoch, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gesangsfoal der Sophienchule, Weinmeisterstraße 16/17, Übungsstunde.

Entschädigungsstelle in Berlin.

Für Liquidationsgeschädigte aus Polen.

Auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens ist eine Entschädigungsstelle gegründet worden. Adresse: Berlin-Friedenau, Rheinstr. 45/46 in den Räumen des Reichentschädigungsamtes. Der Aufgabenkreis ist ein eng begrenzter. Entschädigt werden sollen nur Personen, die von Polen zwangsliquidiert oder entschädigungslos enteignet worden sind. Für die entschädigungslos Enteigneten besteht ein Anspruch bei der Entschädigungsstelle nur dann, wenn sie rechtzeitig durch Klage ihr Recht gewahrt haben. Das ganze Verfahren soll mit großer Beschleunigung durchgeführt werden. Fürs erste sind im Etat für diesen Zweck 27 Millionen eingelegt. Die Gesamtsumme soll 200 bis 300 Millionen erreichen. Es ist nötig, darauf hinzuweisen, daß bereits in zahlreichen Fällen durch zweifelhafte Graktionen ein Anlauf der Entschädigungsrechte betrieben wird. Davor wird gewarnt!

Markthändler im Kampf.

Um die Gestaltung der neuen Reichsgewerbeordnung.

Hunderttausende Kleingewerbetreibende, die sich als Markthändler auf den freien Wochenmärkten und als Standinhaber in den Markthallen eine bescheidene, selbständige Existenz geschaffen haben, fühlen sich von der Novelle zur neuen Reichsgewerbeordnung bedroht.

In einer großen Protestkundgebung im „Clou“, die den Riesenraum bis zum Erdrücken füllte, wurde von den Markthändlern noch einmal auf die Gefahren hingewiesen. In seinem Referat, das der Vorsitzende W. Wille vom Verband der Markthändler Deutschlands hielt, meinte Redner, es habe den Anschein, daß man durch gesetzliche Maßnahmen einen ganzen Gewerbebezweig abdroffeln möchte. Der Markthändler, der einen nicht zu unterschätzenden Faktor im Wirtschaftsleben bilde — Berlin besitzt etwa 60 öffentliche und etwa 60 Privatmärkte —, wirke preisregulierend. Es gefie-

den Versuch des Großhandels im Einzelhandel abzumehren. Eine entsprechende Entschädigung wurde angenommen.

In der Diskussion betonte Markthallendirektor Boh, daß der Berliner Magistrat den Händlern in ihrem Kampf zur Seite stehe. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Basselt erklärte als Sachberater der Reichstagsfraktion, daß die berechtigten Forderungen der Händler genau geprüft und mit den Berufsorganisationen durchgesprochen würden, ehe die neue Gewerbeordnung zur Entscheidung gelange. Der Interessenkampf werde nicht allein die Kreise der Markthändler, sondern erstrecke sich noch auf ganz andere lebenswichtige Gebiete. Darum solle man nicht allgemein Front gegen die neue Reichsgewerbeordnung machen, sondern sich bemühen, nur die sozialen Mißstände auszumergen. Auch in diesem Kampf würde die Sozialdemokratie, getreu ihrer alten Tradition, die wirtschaftlich Schwachen gegen die Willkür der Großen zu schützen wissen.

Reichsbanner und Partei.

Im Kleinen Tiergarten marschierte kürzlich das Reichsbanner auf, um mit einem Plakatsturz für eine Kundgebung in den Arminiushallen zu werben. Mit der Musikpelle gingen dann auch Hunderte von Republikanern zur Versammlung, die bald überfüllt war. Der Gauvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Stellina sagte in seinem Referat, daß gerade jetzt, wo die nationalen Wehrverbände von Tag zu Tag frecher werden, auch das Reichsbanner gestärkt werden muß. Den Nationalisten muß eine starke Abwehrfront entgegengestellt werden. Auch das Geld für die Schaffung eines sozialistischen Staats wird um so eher bekommen, je stärker die Reihen des Reichsbanners, der Schutztruppe des republikanischen Staates, werden. Das Reichsbanner steht im Dienste der republikanischen Parteien und wird nie eigene Politik treiben. Wir verlangen aber von jedem Reichsbannermann, daß er sich einer politischen Partei anschleßt und in ihr tatkräftig mitarbeitet. An der Ueberparteilichkeit des Reichsbanners, so sagte der Redner, lassen wir nicht rütteln. Die sozialdemokratische Partei weiß genau so gut, wie die Zentrumspartei, daß eine Partei-gruppe nicht die Aufgaben erfüllen kann, die dem Reichsbanner gestellt wurden. In der anschließenden Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Reichsbanner immer die Sammelstelle der

..man muß an die Feiertage denken!

L & W

Zigarren sind in jeder Preislage von unübertrefflicher Qualität!

Nr. 8 8 Pf.
 Nr. 10 10 Pf.
 Große L & W 12 Pf.
 Donna Lucia 20 Pf.
 Boyero 25 Pf.

Loeser & Wolff

Wir wünschen Ihnen recht genußreiche Feiertage!

Loeser & Wolff, Berlin
 Zentrale: Potsdamer Str. 24-25

Ich schlage alles
 Eine Spitzenleistung in der
15 Pf. Preisklasse!

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 16. 4.
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 Teil-Ab. A. Nr. 9
 Jahres-Ab. V. Nr. 102
 19 Uhr
Paestrina
 Ende 22 1/2 Uhr

Mittwoch, 16. 4.
Städt. Oper
 Bismarckstr.
 Turnus II
 18 1/2 Uhr
 Die **Meistersinger**
 Ende g. 23 1/2 Uhr

Staats-Oper
 Am Platz der Republik
 Vorst. 63
 20 Uhr
Die verkaufte Braut
 Ende g. 22 1/2 Uhr

Städt. Schauspiel
 am Gendarmenmarkt
 St. R. 2 Mi. Nr. 7
 Jahres-Ab. V. Nr. 50
 20 Uhr
Die Weber
 Ende nach 22 U.

Städt. Schiller-Theater, Charlfbg.
 20 Uhr
Das Friedensfest
 Ende 22 Uhr

SCALA
 Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr. 113 Barb. 9238
 Pr. 1-6 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf.-3 M.
Toto
 Amerikas berühmtester Clown
 und 9 weitere Variété-Neuheiten

PLAZA Tägl. 8 u. 8 1/2
 Sonnt. 2. 5 u. 6 1/2
 Alex. E 4, 8066
INTERNAT. VARIETÉ
 Heute Premiere

Direktion: Dr. Martin Zickel
Komische Oper
 Friedrichstr. 104. Merkur 1401/4330.
 Täglich 8 1/2 Uhr
Majestät lässt bitten
 Musik von Walter Kollo.

Lustspielhaus
 Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23.
 8 1/2 Uhr
Geschäft mit Amerika.
 Vorverkauf in beiden Häusern ab
 10 Uhr ununterbrochen.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
 Lothringer Straße 37.

Nur noch wenige Aufführungen
Der wahre Jakob
 Dazu das große Oster-Programm.
 Gutschein für 1-4 Personen
 Fauteuil nur 1,25 M., Sessel 1,75 M.
 Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
 8 Uhr
 Nur noch 15 Vorstellungen!
3 Musketiere
 Regie: ERIK CHARELL.
 3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

Ihre Hoheit - die Tänzerin
 Bühnen-Operette. Musik: Walter Kollo.
 Täglich 8 1/2 Uhr. Sonn- u. Feiertags 8 1/2 u. 9 Uhr. Jeden Sonntag
 (auch an den beiden Osterferien-
 tagen) um 2.30: „Der Moustergarten“.
 Billettskasse für den 7-tg. Vor-
 verkauf: Alexander 3422 u. 3494
 Berline 0. Große Frankfurter Str. 132.

Rose THEATER
 Theater 1. o. Behrenstr. 53-54
 A 4 Zentrum 925-927 8 1/2 Uhr
 Direktion Ralph Arthur Roberts
 ... Vater sein, dagegen sear
 Sonntag nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)

Reichshallen-Theater
 Abends 8 Sonntag nachm. 2
Das überraschende April Progr.
 der **Stettiner Sänger**
 Händl. halbe Probe! Theatr. 112/63.
 Dönhoff-Str. 11
 Variété, Tanz, Folklor-Orchester

Winter Garten
 8.15 Uhr Zentr. 2019 **Reuden** erlaubt
Otto Reutter usw.

Direktion **Dr. Robert Klein**
Deutsches Künstler-Theat.
 Barbarossa 3937
 8 1/2 Uhr
Sex Appeal
 Lyrik v. Frederik Lesdale
 Regie: Fester Lammage
 Albert Bassermann,
 Mady Christians

Berliner Theater
 Dönhoff 170
 8 Uhr
 Ende 10 1/2 Uhr
„Eins, zwei, drei“
 von Franz Molnar
 mit Max Pallenberg.
 Regie: Gust. Hartung
 Vorher: **sooper**
 Regie: Heinz Hilpert.

Barnowsky-Bühnen
 Theater in
 der Stresemannstr.
 (früher Kieglstr.)
 8 1/2 Uhr
**Der gewaltige
 Bahnel**
 Komödie von Grotzkopf
Komödienhaus
 Täglich 8 1/2 Uhr
**Meine Schwester
 und ich**
 Musik v. Ralph Benatzky

KARFREITAG 8 Uhr:
KONZERT
RICHARD TAUBER
 mit grossem Chor und Orgel
POPULÄRE PREISE
 Der Vorverkauf hat begonnen
GROSSES SCHAUSPIELHAUS

Theater d. Westens
 Täglich 8 1/2 Uhr
**Das Land des
 Lächelns**
 Ab Ostern
Paganini
 R. Tauber, Y. Schwarz
 An beiden Osterferientagen
 4 Uhr
**Das Land des
 Lächelns**

Lessing-Theater
 Weidendamm 2137 u. 5045
 Täglich
 8 1/2 Uhr
Fiamme
 mit Käthe Dorsch
 Franz Lederer

Dir. Dr. Martin Zickel
Komische Oper
 Friedrichstr. 104.
 Merkur 1401/4330.
 Täglich 8 1/2 Uhr
**Majestät
 läßt bitten ...**
 Musik von Walter Kollo.

Lustspielhaus
 Friedrichstr. 236.
 Bergmann 2922/23.
 Täglich 8 1/2 Uhr
**Geschäft mit
 Amerika**
 Lustspiel von Frank
 und Hirschfeld

Metropol-Th.
 Täglich 8 1/2 Uhr
**Der
 Bettelstudent**
 Alpar, Schützendorf,
 Jökun, Lichtenstein

Kleines Theat.
 Merkur 1624
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Gastspiel Gisela
 Werbebeck in
Meyer's sel. Witwe
 Schwank von Fritz
 Friedmann-Fredrich

Theat. u. Korbh. Tor
 Korbh. Str. 6
 Tägl. 8 Uhr
 auch Sonnt.
 nachm. 3 U.
**Elite-
 sänger.**
 Das phänom.
 Orchestrogramm mit 4.
 beliebigen Cellisten
Kurt Wanger.

Volksbühne
 Theater am Bülowplatz.
 8 Uhr
**Das Lied von
 Hoboken**
 Ein Negerstück v.
 Gold-Welsenborn
 Musik: W. Gross
 Regie: Heinz Dietrich-Keller

Städt. Schiller-Th.
 8 Uhr
**Das
 Friedensfest**

Piscator-Bühne
 (Wallner-Theater)
 8 Uhr
**§ 218
 Frauen in Not**

Staatsoper
 Am Pl. d. Republik
 8 Uhr
**Die verkaufte
 Braut**

Operettenhaus
 Alte Jakobstr. 20/32
 (Zentral-Theater)
 Dönh. 2047
 Täglich 8 1/2 Uhr
**Hotel Stadt
 Lemberg**
 Preise 1, 2, 3 M.

HAUS VATERLAND
 KURFÜRSTENWEG
**REVUE
 SERVUS
 1930'**
 BETRIEB
 KEMPINSKI

Nur erstklassige Qualitäten! **Aus der eigenen Schlachtung!**

Zum Osterfest!

KG-Fleisch- u. Wurstwaren

Frisches Schweinefleisch		Frisches Rindfleisch	
Kotelett	Pfd. 1.40	Rouladen	Pfd. 1.50 1.70
Kamm und Schuft	Pfd. 1.35	Schmorfleisch o. Kn. Pfd.	1.40 1.60
Schinken m. B.	Pfd. 1.25	Fehlrippe	Pfd. 0.95 1.15
Schulterblatt	Pfd. 1.20	Querrippe	Pfd. 0.85 1.00
Bauch ohne Beilage	Pfd. 1.10	Gehacktes	Pfd. 0.80

Frisches Hammelfleisch		Pa. frisch. Mastkalbfleisch	
Keule und Rücken	Pfd. 1.55	Keule, Rücken und Brust- spitze	Pfd. 1.50
Dicke Rippe	Pfd. 1.45	Brust, Kamm u. Blatt	Pfd. 1.45
Dünnung	Pfd. 1.35		

ff. Aufschnittwaren
 sämtl. Roh- u. Kochwurstsorten, Kochschinken, Rollschinken, Lachsschinken
 und anderes mehr aus unserer vorbildlich eingerichteten Wurstfabrik.

Zungenpastete	Pfd. 2.20	Kasslerbraten	Pfd. 3.00
Leberpastete	Pfd. 2.00	Schweinebauch gebraten	Pfd. 2.00
Jagdwurstpastete	Pfd. 1.80	Roastbeef gebraten	Pfd. 2.00
Schweineroulade	Pfd. 2.40	Römerbraten	Pfd. 2.00
		Schweinebraten	Pfd. 2.80

Spezial-Fleischabgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend:

Berlin, Nord-Westen 1. Wicelstraße 49	Cöpenick 20. Zu den 7 Raben 2	Pankow 34. Trelleborger Str. 46
Berlin-Norden 41. Badstraße 40/41 14. Franseckstr. 24/25 38. Rhinower Straße 5 3. Schulendorfer Str. 3a 9. Seelower Straße 17 15. Seestraße 36 10. Stettiner Straße 59 21. Swinemünder Str. 96	Eggersdorf 39. Strausberger Straße	Rahnsdorf 33. Fürstenwald-Str. 56/57
Berlin, Nord-Osten 18. Naugarder Straße 52	Erkner 28. Siedlg., Kienkamp 23	Reinickendorf 17. Berliner Straße 79 49. Graf-Maceler- Straße 18/20 47. Humboldtstraße 105
Berlin, Osten 6. Kopernikusstraße 1 30. Paul-Singer-Straße 57 8. Thaeerstraße 48	Falkensee 44. Falkenhagener Str. 69	Spandau 42. Bayernplatz 22. Neuendorfer Str. 12 31. Pichelsdorfer Str. 37
Berlin, Süd-Osten 16. Admiralstraße 6	Lichtenberg 46. Gabriel-Max-Str. 17 12. Rittergutstraße 24/25 45. Wilhelmstraße 24	Staaken 36. Gartenstadt-Markt 15
Berlin, Süd-Westen 54. Bergmannstraße 109	Mariendorf 27. Kaiserstraße 124	Steglitz 32. Forststraße 32
Britz 13. Fritz-Reuter-Allee 46 51. Hannemannstraße 40	Marienfelde 23. Berliner Straße 31	Südende 7. Albrechtstraße 53a
Buchholz 50. Pasewalker Straße 76	Neukölln 29. Bergstraße 21 5. Liberdastraße 15 4. Siegfriedstraße 33 11. Weisstraße 35 35. Weserstraße 187/188	Tegel 53. Bahnhofstraße 15 24. Freie Scholle, Hermisdorfer Str. 66
Charlottenburg 25. Knobelsdorffstraße 94 2. Rosinenstraße 4	Oberschöneweide 43. Rathausstraße 52	Tempelhof 52. Germaniastraße 98a
	Oranienburg 48. Königsallee 44	Weißensee 37. Buschallee 104
		Zehlendorf 19. Schlieffenstraße 20

Die Abgabe der Waren erfolgt in der Konsum-Genossenschaft Berlin nur an Mitglieder

Aufnahmegebühr 50 Pfennig
Mitglieder-Aufnahmen
 werden in sämtlichen Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin vollzogen

Die Mitgliedschaft kann von jedermann erworben werden